

**1. Tagung des 10. Parteitages**

19. bis 21. Juni 2026 in Potsdam

# Antragsheft I

**Die Linke**

# Hoffnung. Zukunft. Sozialismus.

## Wir erneuern unser Grundsatzprogramm.

Kriege, Klimakrise, Faschisierung und soziale Kürzungen bedrohen uns alle. Wir können Hoffnung schöpfen, wenn wir einen Kompass haben, an dem wir uns orientieren können. Dafür aktualisieren wir unser Grundsatzprogramm. Der Parteivorstand hat dafür letztes Jahr eine Programmkommission, Arbeitsgruppen

und eine Queer-Feministische Programmkommission berufen. Jetzt läuft die Debatte auf Hochtouren, damit wir auf dem Bundesparteitag 2027 unser neues Grundsatzprogramm beschließen können.

So läuft die Programmdebatte → [programm.die-linke.de/uebersicht](https://programm.die-linke.de/uebersicht)

### Hier kannst du dich beteiligen:

**Online-  
Debatten-Zooms  
zu jedem Thema**

**Regional-  
konferenzen der  
Landesverbände**

**Eigene  
Veranstaltungen  
der Kreisverbände**

**Online  
Debattenforum  
Loomio**

**Melde dich an für alle Infos und den Zugang zu Loomio**

[Zur Anmeldung](#)

Alle Informationen zum Programmprozess findest du auf

**[programm.die-linke.de](https://programm.die-linke.de)**

# Inhalt

Einladung der Bundesgeschäftsführung .....	Seite 5
Einladung zum Frauenplenum .....	Seite 6
Einladung zum migrantischen Plenum .....	Seite 7
<b>Allgemeine Informationen</b> .....	Seite 9
Einberufungsbeschluss .....	Seite 11
Organisatorische Hinweise .....	Seite 13
Awareness-Konzept .....	Seite 18
Wahlordnung .....	Seite 20
<b>Berichte</b> .....	Seite 25
Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) .....	Seite 27
<b>Anträge</b> .....	Seite 33
Anträge zu den Regularien des Parteitages .....	Seite 35
Tagesordnung .....	Seite 35
Zeitplan .....	Seite 35
Geschäftsordnung .....	Seite 36
Gremien .....	Seite 41
Anträge von grundsätzlicher Bedeutung (§17 (5) Satzung) .....	Seite 43
Leitantrag „Die Linke als Steinhaus bauen“ .....	Seite 43
Anträge mit überwiegendem Bezug zur Gesellschaft .....	Seite 59
Anträge zur Satzung .....	Seite 67
Anträge zur Finanzordnung .....	Seite 71
Anträge zur Ordnung für Mitgliederentscheide .....	Seite 73

## **Impressum/Kontakt**

Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke  
Kleine Alexanderstr. 28  
10178 Berlin

Redaktionsschluss: 20. April 2026

## Liebe Genoss\*innen, verehrte Gäste,

hiermit lade ich herzlich zur 1. Tagung des 10. Parteitages ein, die vom

19. bis 21. Juni 2026 in der Metropolis Halle Potsdam

stattfinden wird. Auf diesem Parteitag wird der Parteivorstand turnusmäßig neu gewählt. Darüber hinaus werden wir uns mit der Politik der Regierung Merz, den Herausforderungen, Krisen und Kriegen der Zeit auseinandersetzen. Der Leitantrag, in dem Schwerpunktsetzungen und Vorhaben unserer Partei für das kommende Jahr beschrieben werden, befindet sich in diesem Heft. Neben der Diskussion über die politische Lage und die Neuwahl des Parteivorstandes hat die Tagung auch die Aufgabe, Mitglieder der Bundesschiedskommission nachzuwählen und einige Satzungsänderungen zu beschließen.

Antragsschluss für die 1. Tagung des 10. Parteitages ist am 7. Mai 2026. Die Frist für Änderungsanträge zu eingereichten Anträgen ist der 3. Juni 2026.

Organisatorische Hinweise, Vorschläge für Tagesordnung und Zeitplan sowie weitere Hinweise zum Parteitag sind im vorliegenden Heft und auf der Webseite des Parteitages [www.die-linke.de/parteitag](http://www.die-linke.de/parteitag) zu finden.

Zum Parteitag freuen wir uns wieder über unsere nationalen und internationalen Gäste, über alle Besucher\*innen sowie über das Interesse der Vertreter\*innen der Medien, von denen wir uns eine faire Berichterstattung wünschen.

Ich wünsche allen Delegierten und Teilnehmer\*innen des Parteitages, allen Gästen, allen an der Ausrichtung beteiligten Gewerken und ehrenamtlichen Helfer\*innen eine gute Anreise und uns allen einen erfolgreichen Parteitag!

Solidarische Grüße



Janis Ehling  
Bundesgeschäftsführer

# **Einladung zum Frauenplenum**

## der 1. Tagung des 10. Parteitages

Liebe Genoss\*innen,

der Parteivorstand hat mit Beschluss vom 13. Dezember 2025 die 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke für den 19. bis 21. Juni 2026 einberufen.

Das Frauenplenum der 1. Tagung des 10. Parteitages findet statt

**Samstag, 20. Juni 2026, ab 11.15 Uhr  
im Tagungsraum 1.1**

Der Parteivorstand schlägt folgende Tagesordnung für das Frauenplenum vor:

1. Begrüßung
2. Besprechung des feministischen Grundsatzpapiers
3. Bericht der Feministischen Kommission 2025–2026
4. Besprechung weiterer Anträge des Parteitages mit feministischem Bezug
5. Sonstiges

Parallel zum Frauenplenum findet ein **Workshop** statt:

„Linke Männlichkeit\*en: machtkritische Perspektiven  
zur feministischen Erneuerung unserer Partei“.

Solidarische Grüße



Janis Ehling  
Bundesgeschäftsführer

# Einladung zum migrantischen Plenum

## der 1. Tagung des 10. Parteitages

Liebe Genoss\*innen,

auf dem kommenden Bundesparteitag wird es ein migrantisches Plenum geben. Dieses ist offizieller Bestandteil des Parteitags und richtet sich an alle Delegierten sowie Genoss\*innen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrungen. Das migrantische Plenum bietet einen Raum für Austausch, politische Diskussion und gemeinsame Positionierung. Ziel ist es, migrantische Perspektiven innerhalb der Partei zu stärken, zu bündeln und sichtbar in die Gesamtpartei zu tragen.

In diesem Jahr möchten wir insbesondere aktuelle politische Entwicklungen in den Blick nehmen. Im Zentrum stehen Fragen von Antifaschismus, sozialer Gerechtigkeit und einer gemeinsamen linken Antwort auf zunehmenden Rassismus, rechte Mobilisierung und autoritäre Verschiebungen in der Innen- und Sicherheitspolitik.

Ein besonderer Fokus liegt auf der Verbindung von sozialer Frage und antifaschistischer Praxis sowie auf der Rolle der Partei in der aktuellen politischen Situation. Dabei wird es auch um konkrete Organisation gehen, unter anderem die Unterstützung der Mobilisierung gegen den AfD-Parteitag in Erfurt im Juli 2026. Ein zentraler Bestandteil des Plenums ist die Beratung und Verabschiedung eines Antrags, der anschließend in das Gesamtplenium eingebracht wird.

### Zeit und Ort

**Freitag, 19. Juni 2026, ab 15.45 Uhr**

**im Erlebnisrestaurant Prinz Eisenherz im Filmpark Babelsberg statt**

(der Weg ist ausgeschildert).

### Tagesordnung

1. Begrüßung und Konstituierung
2. Grußwort
3. Generaldebatte und Verabschiedung des Antrags/der Resolution
4. Abschluss

### Teilnahme und Anmeldung

Teilnahmeberechtigt sind Delegierte sowie Genoss\*innen mit Migrationsgeschichte und/oder Rassismuserfahrungen, die als Gäste am Bundesparteitag teilnehmen möchten. Stimmberechtigt sind alle delegierten Anwesenden.

Für nicht-delegierte Teilnehmer\*innen ist eine Anmeldung erforderlich. Diese erfolgt über folgenden Link:

<https://bundescloud.die-linke.de/index.php/apps/forms/s/deiC7e4Tk7DYQTGE6L7a2BM4>

Bitte beachtet, dass Reise- und Übernachtungskosten für Gäste nicht übernommen werden können.

## Einladung zum migrantischen Plenum

### Vorbesprechung

Zur inhaltlichen Vorbereitung des migrantischen Plenums wird es vorab ein digitales Treffen geben. In diesem Rahmen stellen wir den geplanten Antrag vor, geben Raum für Austausch und ermöglichen eine gemeinsame inhaltliche Vorbereitung. Weitere Informationen, einschließlich Termin und Zugangslink, folgen in Kürze.

Wir freuen uns auf einen solidarischen, politischen und verbindenden Austausch mit euch.

Solidarische Grüße



Janis Ehling  
Bundesgeschäftsführer

# **Allgemeine Informationen**



# Einberufungsbeschluss und Terminplanung

## 1. Tagung des 10. Parteitages

*Beschluss des Parteivorstandes vom 13. Dezember 2025*

1. Der Parteivorstand beruft die 1. Tagung des 10. Parteitages mit dem anhängenden Beschluss ein.
2. Der Parteivorstand beschließt die Terminplanung zum Parteitag.

## Einberufung der 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke

Der Parteivorstand beruft mit Beschluss vom 13.12.2025 die 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke für den 19. bis 21. Juni 2026 nach Potsdam ein.

Tagungsort ist: Metropolis Halle Potsdam, Großbeerenstr. 200, 14482 Potsdam

Der Parteitag beginnt am Freitag, 19. Juni voraussichtlich um 14 Uhr und endet am Sonntag, 21. Juni voraussichtlich um 15 Uhr.

1. Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 10. Parteitages folgende vorläufige **Tagesordnung** vor:

1. Eröffnung der 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke
2. Reden der Vorsitzenden der Partei Die Linke
3. Berichte (Bundestagsfraktion, Delegation im Europäischen Parlament, Parteirat, Bundesschiedskommission)
4. Bericht des Parteivorstands und Entlastung
5. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV
6. Wahl des Parteivorstands
7. Nachwahl der Bundesschiedskommission
8. Satzungsänderungen
9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge
10. Schlusswort

2. **Das Frauenplenum** der 1. Tagung des 10. Parteitages wird für Samstag in einem noch zu bestimmenden Zeitfenster vorgeschlagen. Die Einberufung mit Vorschlag zur Tagesordnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

3. **Das Migrantische Plenum** der 1. Tagung des 10. Parteitages wird für Freitag in einem noch zu bestimmenden Zeitfenster vorgeschlagen. Die Einberufung mit Vorschlag zur Tagesordnung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

4. Gemäß §17(5) Bundessatzung ist **Antragsschluss** für die 1. Tagung des 10. Parteitages am **7. Mai 2026** (6-Wochen-Frist). Antragsschluss laut Geschäftsordnung für **Änderungsanträge** zu eingereichten Anträgen ist am **3. Juni 2026** (16-Tage-Frist). **Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind bis zum 23. April 2026** (8-Wochen-Frist) **einzureichen**. Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten.

Die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides. In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse eingereicht werden:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefax: 030 24009-310  
[antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

5. Die Wahlen auf dem Parteitag erfolgen auf der Grundlage der Bundessatzung und der Wahlordnung der Partei Die Linke. Die **Bewerber\*innen** für den Parteivorstand und die Bundesschiedskommission können **bis zum 3. Juni 2026** (16-Tage-Frist) zur Veröffentlichung im Antragsheft 3 einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto über das Formular unter folgendem Link eingereicht werden:

<https://www.die-linke.de/kandidieren>

Oder es kann eine Worddatei an [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de) gesendet werden. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet unter: [www.die-linke.de/pv-kandidaturen](http://www.die-linke.de/pv-kandidaturen) und in den Delegiertenunterlagen zum Parteitag, die allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Gästen und Pressevertretern übergeben werden.

Während des Parteitages werden Kandidaturen durch Aushang im Foyer des Tagungsgebäudes öffentlich gemacht. Entsprechend der Bundessatzung der Partei können Kandidaturen auch später angemeldet werden, in diesem Falle kann eine Veröffentlichung in den Delegiertenunterlagen nicht gewährleistet werden.

6. Der Beschluss des Parteivorstandes zur Einberufung der 1. Tagung des 10. Parteitages wird den Delegierten, den weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit beratender Stimme sowie den Landesverbänden zur Weitergabe an noch nicht gewählte Delegierte schriftlich übermittelt.

## Terminplanung zum 1. Tagung des 10. Parteitages

Der Parteivorstand bestätigt die nachfolgende, vorläufige Planung als Grundlage für die organisatorische Vorbereitung des Parteitages. In Absprache mit den Delegationen sind Verschiebungen möglich.

Alle Veranstaltungen finden statt in der

**Metropolis Halle Potsdam, Großbeerenstr. 200, 14482 Potsdam.**

### Donnerstag, 7. Mai 2026

Antragschluss

### Mittwoch, 3. Juni 2026

Einreichung Kandidaturen

Antragschluss Änderungsanträge

### Donnerstag, 18. Juni 2026

15–17.30 Uhr:

Sitzung des Parteivorstandes

18–20.30 Uhr:

Beratung des Tagungspräsidiums

20 Uhr Beratung der Antragskommission

### Freitag, 19. Juni 2026

vormittags/mittags:

Strömungstreffen, Pressebrunch

14 Uhr: Beginn des Parteitages

23 Uhr: Ende des 1. Beratungstages

### Samstag, 20. Juni 2026

9 Uhr: Fortsetzung des Parteitages

22 Uhr: Ende des 2. Beratungstages

23 Uhr Party

### Sonntag, 21. Juni 2026

9 Uhr: Fortsetzung des Parteitages

15 Uhr: Ende des Parteitages

## Organisation des Parteitages

Das **Organisationsbüro** des Parteitages ist wie folgt zu erreichen:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle  
Ulrike Liersch  
Telefon: 030 24009-537  
E-Mail: [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de)

Ab Freitag 19. Juni 2026 ab 12 Uhr

Metropolis-Halle Potsdam, Foyer  
Großbeerenstraße 200, 14482 Potsdam  
<https://www.metropolis-halle.de>

### Anmeldung

Die Anmeldung und Akkreditierung zum Bundesparteitag der Partei Die Linke erfolgen im Foyer der Metropolis-Halle.

Die Anmeldung ist am Freitag 19. Juni 2026 ab 12 Uhr sowie am Samstag, 20. Juni und Sonntag, 21. Juni 2026 ab 8 Uhr geöffnet.

An der Anmeldung werden die Stimmkarten für Delegierte, Sichtausweise, eventuelle Leihgeräte sowie gegebenenfalls weitere Unterlagen ausgegeben.

Bitte seht davon ab, vor den offiziellen Einlasszeiten anzureisen. Es ist vorher kein Einlass in die Metropolis-Halle möglich.

### Anreise

Es wird die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen, da nur in begrenztem Umfang Stellplätze zur Verfügung stehen.

### Anreise per Auto

Von der Autobahn A115 nutzt du die Ausfahrt „Potsdam-Babelsberg“ und fährst auf der Nuthe-Schnellstraße in Richtung Potsdam Zentrum. Verlasse die Schnellstraße an der Abfahrt Medienstadt und folge der Beschilderung „Filmpark“.

Du kannst bequem im Parkhaus parken, das sich in unmittelbarer Nähe zur Metropolis-Halle befindet.

Die Einfahrt zum Parkhaus befindet sich in der Lotte-Loebinger-Straße 2, 14482 Potsdam.

### Tarife

je angefangene Stunde: 3,00 Euro / Tagesmaximum: 9,00 Euro

### Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln

Ihr fahrt bis Potsdam „Hauptbahnhof“ oder S-Bahnhof „Babelsberg“ und von dort mit dem **Bus 601** und **690** bis zur Haltestelle Filmpark Babelsberg und seit dann direkt am Eingang.

Vom S-Bahnhof „Griebnitzsee“ sind es ca. 15 Min Fußweg und vom Bahnhof „Medienstadt“ (mit der Bahn RE7 und RB33) sind es ca. 5 Min. Fußweg

## Anträge

Gemäß §17(5) Bundessatzung ist **Antragsschluss** für die 1. Tagung des 10. Parteitages am **7. Mai 2026** (6-Wochen-Frist).

Antragsschluss laut Geschäftsordnung für **Änderungsanträge** zu eingereichten Anträgen ist am **3. Juni 2026** (16-Tage-Frist).

**Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind bis zum 23. April 2026** (8-Wochen-Frist) einzureichen.

Die Anträge sind an die Antragskommission des Parteitages zu richten. Die Einreichung von Anträgen und Änderungsanträgen erfolgt digital über die Webseite des Parteitages in OpenSlides.

In Ausnahmefällen können Anträge auch an folgende Adresse eingereicht werden:

Die Linke Bundesgeschäftsstelle  
Antragskommission des Parteitages  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin

Telefon: 030 24009-440

Telefax: 030 24009-310

[antragskommission@die-linke.de](mailto:antragskommission@die-linke.de)

Die Antragskommission arbeitet vor Ort im Tagungsgebäude Raum 2.1.

Näheres zu den Anträgen und deren Behandlungspflicht regeln die Geschäftsordnung des Parteitages und die Bundessatzung.

Dringlichkeits- und Initiativanträge mit den laut Geschäftsordnung zum Zeitpunkt ihrer Einreichung benötigten 50 Unterschriften von Delegierten (einschließlich Delegiertennummern) können am Arbeitstisch des Tagungspräsidiums vorne neben der Bühne abgegeben werden.

## Ausschlussklausel

Die Veranstaltenden behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen. Fallen euch solche Personen auf, dann sagt am Infopunkt oder im Organisationsbüro Bescheid. Unsere Security kümmert sich dann darum.

## Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist im gesamten Tagungsobjekt gewährleistet. Es werden Gebärdensprachdolmetscher\*innen eingesetzt. Im Foyer der Metropolis-Halle gibt es einen ausgeschilderten Nachteilsausgleichsraum. Besondere Anforderungen von Menschen mit Beeinträchtigungen und deren Assistent\*innen sind bitte dem Organisationsbüro im Vorfeld mitzuteilen.

Genoss\*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, können vor dem Eingang parken. Dort stehen barrierefreie und in unmittelbarer Nähe zum Eingang liegende Parkplätze zur Verfügung. Der Ausweis muss gut sichtbar hinter der Scheibe ausgelegt sein. Bitte meldet euch vorab bei [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de), damit wir euch einen entsprechenden Zufahrtsbescheinigung zukommen lassen können.

## Besucher\*innen

Für Besucher\*innen stehen im Plenarsaal ausreichend vom Delegiertenbereich abgetrennte Sitzplätze zur Verfügung. **Bitte beachtet:** Der Delegiertenbereich ist ein Arbeitsbereich für die Delegierten. Besucher\*innen sind herzlich willkommen, sitzen aber in einem eigenen Bereich, der vom Delegiertenbereich getrennt ist, so können alle konzentriert arbeiten. Beim Einlass gibt es außerdem eine kurze Taschenkontrolle. Alle weiteren Bereiche wie der Markt der Möglichkeiten, der Beratungsraum und das Catering sind für alle Personen frei zugänglich.

Damit wir besser planen können, freuen wir uns, wenn sich Besucher\*innen vorab unter [www.die-linke.de/besuch-parteitag](http://www.die-linke.de/besuch-parteitag) anmelden.

## Flugblätter, Informationen, Zeitungen, Flyer, Handzettel

Eine Materialverteilung im Plenarsaal ist nicht gestattet und vom Großteil der Delegierten auch nicht gewünscht. Einzelfälle und Ausnahmen entscheidet das Organisationsbüro.

## Fundsachen

Fundsachen bitten wir, im Org-Büro im Foyer der Metropolis-Halle abzugeben. Dort kann auch nach verlorenen Gegenständen gefragt werden.

## Garderobe

Die kostenlose Garderobe befindet sich ebenfalls im Foyer der Metropolis-Halle. Bitte gebt Koffer und große Taschen an der Garderobe ab und nehmt sie nicht mit in den Plenarsaal.

## Gastronomie

Die Versorgung erfolgt ganztägig auf dem Vorplatz der Metropolis-Halle auf Selbstzahlungsbasis. Es wird neben Fleischgerichten auch vegetarische, vegane und glutenfreie Optionen geben.

Nach der Hausordnung der Metropolis-Halle ist das Mitbringen von Speisen und Getränken leider nicht gestattet (es wird jedoch keine Kontrollen danach geben).

## Hotels und sonstige Unterbringung

Mit Fragen zur Unterbringung wenden sich Delegierte aus den Landesverbänden bitte an ihre jeweiligen Landesgeschäftsstellen der Partei Die Linke. Die Übernachtung der Delegierten aus den Zusammenschlüssen sowie für Teilnehmer\*innen und Delegierte mit beratender Stimme wird durch die Bundesgeschäftsstelle organisiert.

Im Organisationsbüro sind dafür zuständig:

Janina Kaulfuß, Tel. 030 24009-397 und  
Christina Beck, Tel.: 030 24009-583

E-Mail:  
[quartier.parteitag@die-linke.de](mailto:quartier.parteitag@die-linke.de)

## Kandidaturen

Bewerber\*innen für den Parteivorstand und die Bundesschiedskommission können **bis zum 3. Juni 2026** (16-Tage-Frist) zur Veröffentlichung im Antragsheft 3 einen Text (max. 2 000 Zeichen, einschließlich Leerzeichen) und ein Foto über das Formular unter folgendem Link eingereicht werden:

<https://www.die-linke.de/kandidieren>

## Organisation des Parteitages

Oder es kann eine Worddatei an [kandidaturen@die-linke.de](mailto:kandidaturen@die-linke.de) gesendet werden. Die Veröffentlichung erfolgt im Internet unter: [www.die-linke.de/pv-kandidaturen](http://www.die-linke.de/pv-kandidaturen) und in den Delegiertenunterlagen zum Parteitag.

Während des Parteitages werden Kandidaturen durch Aushang im Foyer des Tagungsgebäudes öffentlich gemacht. Entsprechend der Bundessatzung der Partei können Kandidaturen auch später angemeldet werden, in diesem Falle kann eine Veröffentlichung in den Delegiertenunterlagen nicht gewährleistet werden.

## Kinderbetreuung

Während des gesamten Parteitages gibt es eine professionelle Kinderbetreuung. Die Betreuung findet in einer altersgemischten Kindergruppe für Kinder ab einem Jahr statt. (Eine Einzelbetreuung von Kindern ist nicht möglich). Es sind sowohl Aktivitäten für drinnen, als auch für draußen geplant.

**Bitte beachtet:** Eine Betreuung von Kindern mit Krankheitssymptomen jeglicher Art ist leider nicht möglich.

Wir bitten darum, die Kinder – mit Geburtsdatum, Telefonnummer (Mobil) der Eltern und dem gewünschtem Betreuungszeitraum – verbindlich **bis zum 24. Mai 2026** beim Organisationsbüro anzumelden. Spätere Anmeldungen können nur innerhalb des gesetzlichen Betreuungsschlüssels berücksichtigt werden.

Im Organisationsbüro ist dafür zuständig:

Ulrike Liersch (Tel.: 030 24009-537)  
E-Mail: [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de)

## Kopieraufträge

Kopieraufträge können im Org-Büro im Foyer angemeldet werden.

## Müll

Parteitage produzieren jedes Jahr sehr viel Müll. Versucht Müll zu vermeiden und kümmert euch ansonsten um die Entsorgung. Bitte verlasst euren Bereich im Plenarsaal, wie ihr ihn vorgefunden habt. Die Beseitigung eures Mülls verursacht bei den Reinigungskräften Rückenschmerzen und bei uns teilweise Kopfschütteln. Bitte hinterlasst keine benutzten Taschentücher, leere Fischdosen oder alte Couches. Mülleimer stehen zur Benutzung bereit.

Wir freuen uns auch, wenn ihr euer Leergut zu den Sammelstellen zurückbringt.

## Parken

Wir bitten um die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt ein kostenpflichtiges Parkhaus neben der Metropolis-Halle, was ebenfalls von den Besucher\*innen des Filmpark Babelsbergs genutzt wird (Tagesticket 9 Euro).

Genoss\*innen, die auf Grund einer Beeinträchtigung einen blauen Parkausweis haben und somit einen Behindertenparkplatz benötigen, parken kostenfrei. Bitte meldet euch vorab bei [ulrike.liersch@die-linke.de](mailto:ulrike.liersch@die-linke.de), damit wir euch einen entsprechenden Zufahrtsbescheinigung zukommen lassen können.

## Parteitagsöffnung

Die 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke wird am Freitag, 19 Juni 2026 um 14 Uhr im Plenarsaal (Metropolis-Halle, Potsdam) eröffnet.

### Rauchen

In allen Räumen der Metropolis-Halle besteht Rauchverbot. Ein Bereich zum Rauchen befindet sich auf dem Vorplatz des Eingangsbereichs.

### Tagungspräsidium

Das Tagungspräsidium ist über den Arbeitstisch neben der Bühne zu erreichen.

### Tiere

Bitte lasst eure Hunde, Katzen, Chamäleons, Vogelspinnen und anderes Getier zu Hause. Das betrifft nicht Begleithunde von Menschen mit Beeinträchtigung.

### Wasser

Auch dieses Jahr wird es wieder für alle Menschen auf dem Parteitag eine kostenlose Wasserversorgung geben.

Wir freuen uns, wenn ihr euer Leergut zu den Sammelstellen zurückbringt.

### Wortmeldungen

Für Wortmeldungen in der Debatte sind Wortmeldezettel, die es bei der Anmeldung und am Arbeitstisch neben der Bühne gibt, zu benutzen. Die Wortmeldezettel sind am Arbeitstisch abzugeben.

## **Awareness** auf dem Bundesparteitag, 19.-21. Juni 2026

Das Awareness-Team ist dazu da, eine vertrauliche und niedrighschwellige Anlaufstelle für alle zu sein, denen eine Form von Ungleichbehandlung oder Unwohlsein auf unserem Parteitag begegnet. Es gibt keine „zu kleinen Probleme“, die nicht mit dem Awareness-Team besprochen werden können. Betroffene sollen die Möglichkeit haben, sich schnell und unkompliziert an das Awareness Team zu wenden.

Das Awareness-Team ist auf dem Bundesparteitag an den **lila Westen mit der Aufschrift „Awareness“** zu erkennen. Das Awareness-Team ist während des Bundesparteitags in Person am **Counter im Foyer** und per **Awareness-Handy** zu erreichen:

**+49 1512 3422322.**

Im Foyer befindet sich ein ruhiger Nachteilsausgleichsraum, der bei Bedarf von Teilnehmenden des Parteitags als **offener Rückzugsort** genutzt werden kann.

Das Awareness-Team hat in Konfliktsituationen oder gemeldeten Vorfällen in erster Linie die **Aufgabe, Betroffenen zuzuhören**. Dabei gilt das Prinzip: „Die Wahrnehmung und Erfahrung der betroffenen Person wird nicht abgesprochen oder diskutiert, sondern gehört und akzeptiert.“ Das Awareness-Team hört zu und berät, wenn gewünscht, über mögliche Handlungsoptionen. Es kann im Konfliktfall auch **unterstützend einschreiten**.

Gesprächsinhalte mit dem Awareness-Team sind **streng vertraulich**. Außerdem dürfen seine Mitglieder nur mit dem **expliziten Einverständnis des\*der Betroffenen** über das Gespräch hinaus aktiv werden.

### *Act Aware – Awareness-Team*

Wir freuen uns sehr, dass wir das Awareness-Kollektiv Act Aware für die Awareness-Arbeit auf dem Bundesparteitag dabei haben. Die Act Aware Initiative ist ein gemeinnütziger Verein, der sich für mehr Awareness auf Veranstaltungen einsetzt:

<https://act-aware.net/about>

### Was ist Awareness und warum brauchen wir das?

Der Begriff „Awareness“ (engl. Bewusstheit) bezeichnet die (Selbst-)Reflexion einer Person oder Gruppe über ihre Umgebung, ihre Rolle darin sowie die sich daraus ergebenden gebotenen Handlungen. Awareness ist eine Möglichkeit, auf Diskriminierung und Herrschaftsverhältnisse aufmerksam zu machen und Menschen, die Grenzüberschreitungen erlebt haben, in ihrem Umgang damit zu unterstützen.

Wir wollen Gewalt und Diskriminierung nicht als individuelle Probleme verstehen und Awareness ist für uns ein Versuch, Diskriminierung und Gewalt in konkreten Räumen und Situationen einen gemeinschaftlichen Umgang entgegenzusetzen.

Wir sehen Gewalt überdies als Teil gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse (z.B. Sexismus oder Rassismus), durch die Menschen als ungleichwertig konstruierten Gruppen zugeordnet werden. So ist jeder Mensch unvermeidlich in diese Verhältnisse verstrickt und kann in mancher Hinsicht Privilegien (z.B. als Mann) und gleichzeitig in anderer Hinsicht Diskriminierungen (z.B. als queere Person) erfahren. Natürlich kann Awareness diese strukturellen Gewaltverhältnisse nicht auflösen.

Aber sie kann uns im Umgang mit dieser Gewalt helfen: Die Idee von Awareness ist, dass es Gruppen gibt, die Unterstützung für Betroffene von Diskriminierung und Gewalt anbieten. An einem konkreten Ort und für einen begrenzten Zeitraum.

Wir verstehen Awareness nicht als eine Form der Mediation zwischen zwei Konfliktparteien. Ein Vorfall soll weder objektiv bewertbar sein müssen, noch soll eine Sanktionierung nach vorgegebenen Regeln erfolgen.

Wir wollen keine Stigmatisierung als ewige „Täter\*innen“ begünstigen, oder Menschen verurteilen, sondern ihre Handlungen kritisieren. Wir wünschen uns einen konstruktiven Umgang mit Fehlern und Offenheit für Kritik.

Mithilfe des Awareness-Konzepts soll ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, wie auch wir in unserer Partei Menschen ausgrenzen können – ohne es zu beabsichtigen. Zeitgleich soll es ein Leitfaden für uns sein, um zu lernen, wie wir mit Problemen umgehen und einen gerechten Umgang unter- und miteinander verwirklichen können.

### Selbstverständnis und Arbeitsweise

Das Awareness-Team ist ein notwendiger Baustein der Parteistrukturen, dessen Aufgabe es ist, die Partei auf dem Weg zu einem sicheren und willkommenen Ort für alle Menschen zu begleiten. Dies tut das Awareness-Team als unabhängige und autarke Instanz, indem es verschiedene Lebensrealitäten, Diskriminierungsformen und Machtstrukturen innerhalb der Partei kritisch beleuchtet, sichtbar macht und Maßnahmen erarbeitet.

Beispiele, bei denen Euch das Awareness-Team helfen kann:

- Du wurdest herabgewürdigt oder zum Objekt gemacht (z. B. durch eine sexualisierende Bemerkung).
- Du wurdest verniedlicht oder es wurde stellvertretend für Dich gesprochen.
- Du wurdest eingeschüchtert, beleidigt oder angeschrien.
- Deine Privatsphäre wurde missachtet.
- Problematisches Verhalten oder sexistische Übergriffe wurden verharmlost.
- Du wurdest belästigt, bedroht oder körperlich angegangen.

Zum Selbstverständnis des Awareness-Teams gehört auch die Anerkennung, dass auch das Awareness-Team sich im ständigen Lernprozess befindet und Regeln und Maßnahmen mit dem erweiterten Wissen angepasst werden. Auch das Awareness-Team kann unbeabsichtigt Machtstrukturen und Diskriminierungsformen begünstigen oder wiederholen. Deswegen ist es unerlässlich, in ständiger Selbstreflexion zu arbeiten.

# Wahlordnung der Partei Die Linke

*Beschluss des Gründungsparteitages am 16. Juni 2007 in Berlin, geändert durch Beschlüsse der Parteitage der Partei Die Linke am 21./22./23. Oktober 2011 in Erfurt und 19./20. Oktober 2024 in Halle (Saale).*

## § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

## § 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

## § 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

## § 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.

(3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.

(4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein oder mehrere Mitglieder der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus. Bei Kreis- und Ortsverbänden bis 100 Mitglieder ruht für den Zeitpunkt der eigenen Kandidatur die Funktion und Tätigkeit in der Wahlkommission.

#### § 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

#### § 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

#### § 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

## Wahlordnung

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

### § 8 Stimmenabgabe

(1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.

(2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.

(3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.

(4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.

(5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

### § 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

(1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.

(2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

### § 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen

Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

### § 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.

(2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.

(4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

### § 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder

- die Wahl vertagt oder
- ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder
- eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrigbleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die

## Wahlordnung

Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

### § 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch mindestens zwei Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

### § 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abzubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.

(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

### § 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

- der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände
- wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer
- unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

# **Berichte**



# Bericht der Bundesfinanzrevisionskommission an den Parteitag in Potsdam vom 19. bis 21. Juni 2026

Gemäß Parteiengesetz<sup>1</sup> hat jede Partei eine Innenrevision zu wählen.

Die Bundesfinanzrevisionskommission (BFRK) wurde am 10. Mai 2025 in Chemnitz in einer Stärke von 8 Mitgliedern gewählt.

Die BFRK arbeitet unabhängig, selbstständig und in voller Eigenverantwortung und ist nur dem Bundesparteitag über ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig.

Laut Bundessatzung<sup>2</sup> prüfen Finanzrevisionskommissionen die Finanztätigkeit der Vorstände, der Geschäftsstellen und der gesamten Partei sowie den Umgang mit dem Parteivermögen. Sie unterstützen die jährliche Finanz- und Vermögensprüfung gemäß Parteiengesetz.

In der Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen<sup>3</sup> der Partei Die Linke sind folgende Aufgaben festgelegt:

- die einheitliche und konsequente Durchsetzung der Beschlüsse der Partei auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft, insbesondere der Finanzordnung;
- die ordnungsgemäße und sparsame Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel der Partei, insbesondere hinsichtlich ihrer politischen und sachlichen Begründung sowie der ordnungsgemäßen Beschlussfassung.

## Durchgeführte Prüfungen

Folgende Landesverbände wurden 2025

geprüft:

- Schleswig-Holstein (April)
- Hamburg (Juli)
- Niedersachsen (Oktober)
- Brandenburg (Oktober)

Im Bereich Finanzen des Parteivorstandes (PV) fand die Prüfung im November 2025 statt.

## Die Planung für 2026 sieht Prüfungen vor:

- Rheinland-Pfalz (ist erfolgt im Januar 2026)
- Saarland (ist erfolgt im April 2026)
- Mecklenburg-Vorpommern
- Berlin
- Baden-Württemberg
- Nordrhein-Westfalen
- und Bereich Finanzen im KL-Haus

---

<sup>1</sup> Parteiengesetz § 9 Absatz 5 ... „der finanzielle Teil des Berichts ist (...) durch Rechnungsprüfer (...) zu überprüfen

<sup>2</sup> Bundessatzung § 27 (3) (...) „prüfen die Finanztätigkeit...“

<sup>3</sup> Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen § 4 (2) (a) und (b)

## Teilnahmen von BFRK-Mitgliedern

In den Jahren 2025 und 2026 haben Mitglieder der BFRK an Beratungen des Parteivorstandes, des Bundesfinanzrates, des Parteirates teilgenommen und sind einer Einladung der Landesfinanzrevisionskommission des Landesverbandes Brandenburg gefolgt.

Schwerpunkte der Prüfungen der BFRK in den Landesverbänden sind hauptsächlich:

- Plan-Ist-Vergleich (Vorjahr; laufendes Jahr letztes Quartal)  
→ *welche Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?*
- Mitgliedsbeiträge im Durchschnitt (die letzten 3 Jahre zum Vergleich; am besten je Kreisverband)  
→ *welche Schlussfolgerungen?*
- Mitgliederanzahl; Entwicklung in den letzten 3 Jahren; Umgang mit Beitragssäumigen  
→ *welche Maßnahmen?*
- Mandatsträger; welche Arten? Wie wird gezahlt (regelmäßig oder nach Gutdünken?)  
Vereinbarungen; schriftlich  
→ *welche Schlussfolgerungen*
- Abfrage; ob es Landes- und Kreis-Finanzrevisionskommissionen (LFRK, KFRK) gibt?  
→ *welche Schlussfolgerungen*
- Wann wurden ab 2022 bis dieses Jahr die fertigen und vom Wirtschaftsprüfer geprüften (testierten) Jahresabschlüsse/Rechenschaftsberichte beim Bundesschatzmeister abgegeben?
- Gibt es ein Inventarverzeichnis, eine Übersicht über die Beschlüsse des Vorstandes, einschließlich der Beschlüsse mit Finanzen?
- Prüfungen stichprobenmäßig bei Belegen in verschiedenen Jahren

Grundsätzliches Augenmerk wird gelegt auf

- Ordentliche Buchführung (nach GoB)
- Das Vier-Augen-Prinzip bei Banküberweisungen bzw. Freigabe von Abrechnungen / Überweisungen
- Fristgerechte Einreichung der Reisekosten über ein einheitliches Formular und entsprechend mit Unterschrift vom Antragssteller, ebenso jeweils eine Unterschrift für die sachliche und rechnerische Richtigkeit
- Finanzpläne ohne Defizit

## Prüfungen in den Landesverbänden

Nach den durchgeführten Prüfungen in den Landesverbänden wird ein Prüfprotokoll erstellt, dem Landesschatzmeister und dem Bundesschatzmeister übergeben. Es werden Hinweise und Empfehlungen für die Finanzen im Landesverband und für die Arbeit des Bundesschatzmeisters gegeben. Zu den Hinweisen erwartet die BFRK innerhalb angemessener Frist eine Rückantwort an einen der Prüfer oder Prüferin.

Auffallend ist, dass sich manche Hinweise in fast allen Landesverbänden wiederholen. Zum Beispiel sind die landesspezifischen Finanzordnungen nicht auf dem neuesten Stand, oder das Vier-Augen-Prinzip ist nicht durchgesetzt worden. Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus Vorjahren stammen und im Rechenschaftsbericht erschei-

nen, sollen auf weiterhin bestehende Relevanz geprüft und danach Maßnahmen per Beschluss gefasst werden.

Zunehmend wird festgestellt, dass auf Landesparteitagen keine Landesfinanzrevisionskommissionen gewählt werden und dass auch in Gebietsverbänden auf Finanzrevisionen „verzichtet“ wird.

Die BFRK weist hiermit auf die Ordnung für die Tätigkeit der Finanzrevisionskommissionen hin: „§ 2 Bildung der Finanzrevisionskommissionen (1) Die FRK sind (...) auf Landesebene von den Landesparteitagen (...) zu wählen.“

Es ist eine Pflicht, Finanzrevisionskommissionen zu wählen.

### Abgabe der Jahresrechenschaftsberichte

Die BFRK stellte bei ihren Prüfungen, sowie anhand von Rückmeldungen aus dem Finanzbereich des Parteivorstands fest, dass Landesverbände weiterhin Schwierigkeiten haben, ihren Rechenschaftsbericht fristgerecht bis zum 31.März des Folgejahres<sup>4</sup> eines Jahres im Bereich Parteifinanzen einzureichen.

Hauptursache dafür ist, dass viele Kreisverbände die erforderlichen Unterlagen nicht rechtzeitig an ihren Landesschatzmeister / ihre Landesschatzmeisterin übermitteln. Termin laut Bundesfinanzordnung ist für Gliederungen der 28.Februar. des Folgejahres. Somit haben die Landesschatzmeister nur einen Monat Zeit, die Zusammenfassung der Berichte der Gliederungen des Landesverbandes zu erstellen.

Aufgrund dieser genannten Verzögerungen konnten die Rechenschaftsberichte der Gesamtpartei für die Jahre 2021, 2022, 2023 und 2024 jeweils erst im Dezember bei der Bundestagsverwaltung eingereicht werden. Damit wurde der gesetzlich vorgeschriebene Abgabetermin<sup>5</sup> am 30. September des Folgejahres bereits **das fünfte Mal** nicht eingehalten. Jedes Mal musste eine Fristverlängerung bei der Bundestagspräsidentin beantragt werden.

### Fertigstellung der Rechenschaftsberichte im Bereich Finanzen und Abgabe im Bundestag

<b>Fertigstellung der Rechenschaftsberichte</b>	<b>für das Jahr 2022 am</b>	<b>für das Jahr 2023 am</b>	<b>für das Jahr 2024 am</b>
Baden-Württemberg	6.9.2023	25.9.2024	27.6.2025
Bayern	17.8.2023	6.9.2024	14.10.2025
Berlin	24.5.2023	11.3.2024	27.6.2025
Brandenburg	20.9.2023	20.9.2024	22.9.2025
Bremen	31.7.2023	11.8.2024	30.6.2025
Hamburg	12.7.2023	22.7.2024	18.7.2025
Hessen	19.10.2023	11.8.2024	8.9.2025
Mecklenburg-Vorpommern	26.9.2023	26.6.2024	14.8.2025

<sup>4</sup> Bundesfinanzordnung § 8 (4)

<sup>5</sup> Parteiengesetz §19a (3)

<b>Fertigstellung der Rechenschaftsberichte</b>	<b>für das Jahr 2022 am</b>	<b>für das Jahr 2023 am</b>	<b>für das Jahr 2024 am</b>
Niedersachsen	23.8.2023	31.7.2024	3.9.2025
Nordrhein-Westfalen	7.11.2023	6.11.2024	18.11.2025
Rheinland-Pfalz	7.8.2023	28.10.2024	11.8.2025
Saarland	3.11.2023	16.9.2024	7.10.2025
Sachsen	31.7.2023	4.9.2024	8.8.2025
Sachsen-Anhalt	12.6.2023	19.8.2024	6.10.2025
Schleswig-Holstein	23.8.2023	30.9.2024	22.9.2025
Thüringen	26.7.2023	23.7.2024	31.7.2025

Die Fertigstellung der Rechenschaftsberichte der Landesverbände im Bereich Finanzen/Bundesschatzmeister sind in der Tabelle für drei Jahre ersichtlich. Der Bericht vom LV Nordrhein - Westfalen ging für die letzten 3 Jahre jeweils im November ein.

<b>Für die Jahre</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>
Die Abgabe bei Bundestagspräsident/-in durch Bundesschatzmeister	7.12.2023	3.12.2024	2.12.2025

Diese verspäteten Zusammenstellungen haben ihre realen Ursachen. Sie müssen untersucht und nicht nur in den Gliederungen nach Lösungen gesucht werden.

In diesem Zusammenhang verweist die Bundesfinanzrevisionskommission darauf hin, dass die Vorstände – die gesamten Vorstände – verpflichtet sind, Rechenschaft<sup>6</sup> über die finanziellen Mittel zu legen; der gesamte Vorstand, seine Mitglieder, nicht der Schatzmeister allein. Mitglieder in Vorständen haben ihren Hintergrund in Kreisverbänden und können sich dort auch für die finanziellen Angelegenheiten engagieren; sie sind für Finanzplanung und Rechenschaftslegung<sup>7</sup> in ihren Gliederungen zuständig.

### Schatzmeister und Finanzrevisionen

Durch die Wahl von Vorständen aller zwei Jahre ergeben sich Wechsel von Mitgliedern. Schwierig zu besetzen sind Positionen wie Kreisschatzmeister, Kreis -und Landesfinanzrevisionskommission. Auch diese Posten sind politische Posten; sie werden im Allgemeinen nicht als politische Aufgaben gesehen. Sie sind es dennoch und deshalb besonders für die jeweiligen Vorstände wichtig.

Neugewählte Schatzmeister und Finanzrevisionskommissionsmitglieder müssen an ihre Aufgaben herangeführt werden. Das kann durch mündliche Schulungen, und durch Schriftstücke, durch Online-Schulungen, durch Ablagen in Cloud passieren. Auf jeden Fall sollen „Neulinge“ im Amt nicht allein gelassen werden.

Eine Handreichung/Handbuch für die Arbeit der Kreisschatzmeister war bereits 2020 von der BFRK erarbeitet worden und ist nicht weitergegeben worden.

<sup>6</sup> Bundesfinanzordnung § 1 (4)

<sup>7</sup> Bundessatzung § 25 (1)

Diese Handreichung kann zum Vorbild genommen und auf den neuesten Stand gebracht werden.

Für die Genossinnen und Genossen, die das Mitglieder- und Buchhaltungsprogramm bedienen, sollten entweder Schulungen vor Ort oder digital vom Bereich Bundesfinanzen angeboten und durchgeführt werden.



# Anträge



## Antrag R.01: Tagesordnung 1. Tagung 10. Parteitag

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Der Parteivorstand schlägt für die 1. Tagung des 10. Parteitages folgende vorläufige
- 2 Tagesordnung vor:
- 3 1. Eröffnung der 1. Tagung des 10. Parteitages der Partei Die Linke
- 4 2. Reden der Vorsitzenden der Partei Die Linke
- 5 3. Berichte (Bundestagsfraktion, Delegation im Europäischen Parlament, Parteirat,
- 6 Bundesschiedskommission)
- 7 4. Bericht des Parteivorstands und Entlastung
- 8 5. Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag, Anträge von
- 9 grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV
- 10 6. Wahl des Parteivorstands
- 11 7. Nachwahl der Bundesschiedskommission
- 12 8. Satzungsänderungen
- 13 9. Beratung und Entscheidung weiterer Anträge
- 14 10. Schlusswort

## Antrag R.02: Zeitplan 1. Tagung des 10. Parteitages

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Freitag, 19. Juni 2026**
- 2 14.00 Uhr TOP 1 Eröffnung und Konstituierung des Parteitages
- 3 15.00 Uhr TOP 2 Rede der Parteivorsitzenden
- 4 15.30 Uhr Gastrede
- 5 15.45 Uhr migrantisches Plenum
- 6 17.15 Uhr Pause
- 7 17.30 Uhr TOP 3 Berichte
- 8 17.45 Uhr TOP 4 Bericht und Entlastung des Parteivorstandes
- 9 18.00 Uhr TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum Leitantrag,
- 10 Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV
- 11 20.15 Uhr Pause
- 12 20.30 Uhr TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge
- 13 22.00 Uhr Ende des ersten Beratungstages
- 14 **Samstag, 20. Juni 2026**
- 15 9.00 Uhr TOP 3 Berichte
- 16 9.30 Uhr TOP 8 Satzungsänderungen

- 17 10.00 Uhr Fortsetzung TOP 5 Generaldebatte sowie Aussprache und Beschlussfassung zum  
 18 Leitantrag, Anträge von grundsätzlicher Bedeutung und zum Bericht des PV  
 19 11.15 Uhr TOP 5 Frauenplenum, parallel Workshop  
 20 12.45 Uhr Pause  
 21 13.15 Uhr Berichte aus migrantischem Plenum, Frauenplenum, Workshop  
 22 13.30 Uhr TOP 6 Wahl des Parteivorstandes  
 23 18.15 Uhr Pause  
 24 18.30 Uhr Fortsetzung TOP 6 Wahl des Parteivorstandes  
 25 22.30 Uhr Ende des Beratungstages, im Anschluss Ausklang  
 26 **Sonntag, 21. Juni 2026**  
 27 9.00 Uhr Fortsetzung TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge  
 28 11.00 Uhr TOP 7 Nachwahl der Bundesschiedskommission  
 29 11.45 Uhr TOP 3 Berichte  
 30 12.00 Uhr Pause  
 31 12.15 Uhr TOP 2 Rede der neugewählten Parteivorsitzenden  
 32 12.45 Uhr Fortsetzung TOP 9 Beratung und Entscheidung weiterer Anträge  
 33 15.00 Uhr TOP 10 Schlusswort

## Antrag R.03: Geschäftsordnung 1. Tagung 10. Parteitag

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

### 1 I. Leitung / Arbeitsgremien / Aufgaben und Befugnisse

2 1) Der Parteitag wählt als Arbeitsgremien im Block und, sofern nicht auf Befragen ein  
 3 Widerspruch dagegen erhoben wird, in offener Abstimmung:

- 4 • das Tagungspräsidium,
- 5 • die Mandatsprüfungskommission,
- 6 • die Wahlkommission,
- 7 • die Antragskommission.

8 2) Die Arbeit des Bundesparteitages wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das  
 9 Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung.

10 3) Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Parteitages in  
 11 dieser Reihenfolge beschlossen.

### 12 I. Beschlussfassung allgemein

13 4) Der Bundesparteitag ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten  
 14 Delegierten anwesend ist. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als Online-  
 15 Parteitag statt, ist der Bundesparteitag beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte  
 16 der gewählten Delegierten sich in die Parteitags-Konferenzsoftware eingeloggt und  
 17 ihre Anwesenheit bestätigt hat.

18 5) Delegierte mit beschließender Stimme haben Stimm- und Rederecht. Delegierte mit  
 19 beratender Stimme sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben  
 20 die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive

21 Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als  
22 Online-Parteitag statt, wird das Stimm- und Rederecht ausschließlich über die  
23 Parteitags-Konferenzsoftware ausgeübt.

24 Gästen des Parteitages kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden, im  
25 Zweifel entscheidet der Parteitag. Entsprechende Anträge sind an das Tagungspräsidium  
26 zu richten.

27 6) Beschlüsse des Parteitages werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der  
28 abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern die  
29 Bundessatzung oder diese Geschäftsordnung nicht anderes vorschreiben.

30 Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt, werden aber ausgezählt.  
31 Stimmgleichheit gilt als Ablehnung.

32 Abstimmungen erfolgen durch Erheben der Stimmkarten oder über die Konferenzsoftware.

### 33 **II. Regeln in der Debatte**

34 7) Die Tagungsleitung ruft die Tagesordnungspunkte und die dazugehörigen Anträge auf,  
35 leitet die Beschlussfassung, erteilt das Wort, kann Rednerinnen und Redner zur Sache  
36 rufen, muss ihnen das Redezeitende einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn  
37 sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen. Über die  
38 Redezeiten beschließt der Parteitag am Beginn jedes Tagesordnungspunktes auf  
39 Vorschlag des Tagungspräsidiums.

40 8) Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich beim Tagungspräsidium einzureichen.  
41 Dafür sollen die vorgegebenen Formulare verwendet werden. Bei Wortmeldungen sind Name  
42 und delegierender Landes- bzw. Kreisverband bzw. Zusammenschluss oder Jugendverband  
43 anzugeben. Findet eine Tagung des Bundesparteitags als online-Parteitag statt, sind  
44 die Wortmeldungen über die Parteitags-Konferenzsoftware einzureichen. Die Fristen für  
45 die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom  
46 Tagungspräsidium bekannt gegeben. Das Tagungspräsidium entscheidet wie folgt über die  
47 Redeliste: Unter Beachtung der Geschlechterquotierung werden maximal vier  
48 Redner\*innen gesetzt, über die weitere Reihenfolge der Rednerinnen und Redner  
49 entscheidet das Los. Gesetzte Reden dürfen ein Fünftel der Gesamtredezeit zu einem  
50 Block nicht überschreiten und sind bezüglich der Redezeit gelosten Reden  
51 gleichgestellt.

52 Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine  
53 Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Rednerinnen oder Redner ist nicht  
54 möglich.

55 9) Zu Redebeiträgen in der Aussprache kann die Tagungsleitung bis maximal drei  
56 Nachfragen von Delegierten und Teilnehmer\*innen mit beratender Stimme zulassen. Die  
57 Nachfragen an die Rednerin bzw. den Redner sowie die Antworten sind kurz zu  
58 formulieren (max. je 1 Minute).

59 10) Delegierte können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche  
60 Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Die Redezeit hierfür  
61 beträgt eine Minute.

### 62 **III. Antragsarten / Antragstellung / Beschlussfassung**

#### 63 11) Antragsarten

64 Die Geschäftsordnung des Parteitages unterscheidet insbesondere

- 65 • Anträge zur Geschäftsordnung des Parteitages,  
66 • Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung,  
67 • ordentliche Anträge,  
68 • Dringlichkeitsanträge,  
69 • Initiativanträge,  
70 • Änderungsanträge,  
71 • Rückholanträge.
- 72 12) Geschäftsordnungsanträge
- 73 a) Geschäftsordnungsanträge betreffen den Ablauf des Parteitages. Dazu gehören  
74 insbesondere Anträge zur Tagesordnung und zum Zeitplan, zum Antrags- und  
75 Beratungsverfahren, zur Gewährung von Rederechten, zur Vertagung oder Streichung  
76 eines Tagesordnungspunktes, zur Beendigung oder zur Wiederaufnahme der Debatte bzw.  
77 zum Schließen oder zur Wiedereröffnung der Redeliste.
- 78 b) Anträge zur Geschäftsordnung sind mündlich zu stellen. Sie werden außerhalb der  
79 Liste der Rednerinnen und Redner sofort behandelt, soweit keine Abstimmung läuft. c)  
80 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten des Parteitages, Delegierten  
81 und Teilnehmer\*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung) und  
82 Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- 83 d) Anträge zur Beendigung der Debatte bzw. zum Schließen der Redeliste können nur von  
84 antragsberechtigten Personen gestellt werden, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch  
85 nicht gesprochen haben.
- 86 e) Vor der Abstimmung sind jeweils eine Gegen- und eine Fürrede zuzulassen. Diese  
87 darf die Redezeit von einer Minute nicht überschreiten.
- 88 13) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung
- 89 a) Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht  
90 Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren (§ 17 Abs. 5 Bundessatzung)  
91 und spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die Antragskommission  
92 einzureichen.
- 93 b) Über ihre Behandlung im Plenum entscheidet der Parteitag mit der Annahme der  
94 Tagesordnung.
- 95 14) Ordentliche Anträge
- 96 a) Ordentliche Anträge sind spätestens sechs Wochen vor Beginn des Parteitages an die  
97 Antragskommission einzureichen.
- 98 b) Anträge, welche von Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages,  
99 bundesweiten Zusammenschlüssen, mindestens 25 Delegierte oder mindestens von  
100 1/500 der Mitglieder der Partei gestellt werden, sind durch den Parteitag zu  
101 behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den Parteirat zu überweisen.
- 102 15) Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge
- 103 a) Dringlichkeitsanträge sind Anträge zu Ereignissen oder politischen Entwicklungen,  
104 die nach Antragsschluss, also innerhalb der letzten sechs Wochen vor Beginn des  
105 Parteitages, eingetreten sind.

- 106 b) Initiativanträge sind Anträge, deren Anlass sich unmittelbar aus dem Ablauf des  
107 Parteitages ergibt.
- 108 c) Dringlichkeits- oder Initiativanträge sind vom Parteitag zu behandeln, wenn zum  
109 Zeitpunkt ihrer Einreichung die Unterschriften von mindestens 50 Delegierten  
110 vorliegen.
- 111 16) Änderungsanträge
- 112 a) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge.
- 113 b) Änderungsanträge zu Leitanträgen, Anträgen von grundsätzlicher Bedeutung und  
114 ordentlichen Anträgen sind schriftlich bis spätestens 16 Tage vor Beginn des  
115 Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge, die sich auf das  
116 Grundsatzprogramm beziehen, sind schriftlich bis spätestens 4 Wochen vor Beginn des  
117 Parteitages an die Antragskommission einzureichen. Änderungsanträge sind als  
118 Einzelanträge einzureichen; Sammelanträge sind unzulässig.
- 119 c) Änderungsanträge,  
120 welche von Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages, bundesweiten  
121 Zusammenschlüssen, mindestens 25 Delegierte oder mindestens von 1/500 der Mitglieder  
122 der Partei gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den  
123 Parteivorstand bzw. den Parteirat zu überweisen.
- 124 d) Bei Änderungsanträgen, die nicht Leitanträge und andere Anträge von  
125 grundsätzlicher Bedeutung betreffen, können die 25 Delegiertenunterschriften bis zum  
126 Beginn des Parteitages bzw. bis zu dem Zeitpunkt während des Parteitages, der vom  
127 Parteitag festgelegt wird, nachgereicht werden.
- 128 17) Rückholanträge
- 129 a) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach  
130 Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines  
131 Bekanntwerdens zu stellen.
- 132 b) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) können nur von Delegierten des Parteitages,  
133 Delegierten und Teilnehmer\*innen mit beratender Stimme (§ 16 Abs. 12 Bundessatzung)  
134 und Mitgliedern von Arbeitsgremien des Parteitages gestellt werden.
- 135 c) Die Beschlussfassung erfolgt unmittelbar nach Gegen- und Fürrede.
- 136 18) Antragsbehandlung
- 137 a) Als Antragsbehandlung wird verstanden
- 138 • die Befassung im Plenum durch Abstimmung im Plenum des Parteitages, die  
139 • Überweisung an den Parteivorstand oder die Überweisung an den Parteirat  
140 • die Nichtbefassung im Plenum gemäß Punkt (19) c.
- 141 b) Der Parteitag kann beschließen, zu einem eingebrachten Antrag keine Entscheidung  
142 in der Sache herbeizuführen. Anträge werden auch als behandelt verstanden, wenn sie  
143 sich durch Abstimmung anderer Anträge erledigt haben.
- 144 c) Antragsteller\*innen haben bei Befassung ihrer Anträge im Plenum das Recht, ihre  
145 Anträge vor dem Plenum einzubringen und zu begründen. Dies gilt auch, wenn eine  
146 Tagung des Parteitags als Online-Parteitag durchgeführt wird.
- 147 d) Antragsteller\*innen können Änderungsanträge ganz, teilweise oder sinngemäß

148 übernehmen. Eine Behandlung dieser Änderungsanträge auf dem Parteitag entfällt.

149 19) Antragskommission

150 a) Die Antragskommission prüft, ob die Voraussetzungen für eine Antragsbehandlung auf  
151 dem Parteitag vorliegen.

152 b) Anträge und Änderungsanträge, die die Voraussetzungen einer Antragsbehandlung nach  
153 den Ziffern 14, 15 und 16 nicht erfüllen, werden nur auf Vorschlag der  
154 Antragskommission vom Parteitag behandelt.

155 c) Die Antragskommission kann Änderungsanträge mit ausschließlich redaktionellem  
156 Charakter zur Nichtbefassung im Plenum vorschlagen.

157 d) Die Antragskommission hat die Aufgabe, hinsichtlich der Behandlung von Anträgen  
158 und Änderungsanträgen den Antragsstellern und Antragstellerinnen und dem Plenum  
159 Empfehlungen – insbesondere zur Antragsbehandlung nach Ziffer 18 – zu geben.

160 e) Die Reihenfolge, in der Änderungsanträge behandelt werden, wird von der  
161 Antragskommission festgelegt und dem Plenum erläutert.

162 f) Die Antragskommission hat das Recht, Anträge für unzulässig zu erklären.  
163 Unzulässig sind insbesondere Anträge, die die formalen Voraussetzungen der  
164 Bundessatzung oder dieser Geschäftsordnung nicht erfüllen.

165 g) Die Antragskommission hat das Tagungspräsidium des Parteitages unverzüglich darauf  
166 hinzuweisen, wenn eine ordentliche Antragsbehandlung im vorgesehenen Zeitrahmen mit  
167 hoher Wahrscheinlichkeit nicht möglich sein wird.

#### 168 **IV. Abstimmungen, Wahlen und Dokumentation**

169 20) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen  
170 „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen  
171 abzurufen sind. Wird über eine Konferenzsoftware abgestimmt, werden alle  
172 Abstimmungsoptionen gleichzeitig aufgerufen.

173 21) Wahlen werden direkt in Parteitagsoftware Open Slides durchgeführt.

174 22) Für die Dokumentation werden von den Tagungen des Parteitages Tonbandmitschnitte  
175 erstellt und archiviert. Wird eine Tagung des Parteitages als online-Parteitag  
176 durchgeführt, wird ein elektronischer Mitschnitt erstellt und archiviert. Das  
177 Beschluss- und das Wahlprotokoll des Parteitages sind schriftlich auszufertigen. Die  
178 Beschlüsse des Parteitages sind innerhalb von vier Wochen zu veröffentlichen.

#### 179 **V. Parteitag unter besonderen Infektionsschutzbedingungen**

180 23) Das Tagungspräsidium kann die durch die jeweils am Veranstaltungsort gültigen  
181 Infektionsschutzmaßnahmen für alle Teilnehmer\*innen eines Parteitags für verbindlich  
182 erklären. Das kann folgende Umstände umfassen:

183 a) Für die Veranstaltung gilt 3G, also vollständiger Impfschutz oder vor höchstens  
184 drei Monaten genesen oder tagesaktueller Antigen-Test.

185 b) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Personen haben auf dem  
186 gesamten Veranstaltungsgelände einen Mund-Nasen-Schutz (keine Faceshields) zu tragen,  
187 es sei denn, sie befinden sich an ihrem festen Arbeitsplatz (Plenarsaal,  
188 Arbeitsräume) oder beim Essen/Trinken.

189 c) Alle auf einer Tagung des Bundesparteitags anwesenden Teilnehmer\*innen des  
190 Parteitags halten den Mindestabstand von 1,50 Metern sowie die Husten- und Nies-

- 191 Etiketle ein.
- 192 d) Symptomatische Personen dürfen (auch bei milden Symptomen) das  
193 Veranstaltungsgelände eines Bundesparteitags nur mit einem tagesaktuellen negativen  
194 Antigen-Test betreten.
- 195 e) Die Kapazitätsbegrenzung des jeweiligen Plenarsaals ist einzuhalten.

## Antrag R.04: Gremien des Parteitags

Antragsteller*in:	Partei Vorstand
-------------------	-----------------

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Präsidium**

- 2 Doris Achelwilm, Bremen  
3 Janis Ehling, Parteivorstand  
4 Laura-Elisa Appelhagen, Niedersachsen  
5 Ates Gürpınar, Parteivorstand  
6 Desiree Becker, Hessen  
7 Pascal Heisterüber, Niedersachsen  
8 Janina Böttger, Sachsen-Anhalt  
9 Hendrik Lange, Sachsen-Anhalt  
10 Kim Sophie Bohnen, Baden-Württemberg  
11 Pascal Meiser, Parteivorstand  
12 Ina Latendorf, Mecklenburg-Vorpommern  
13 Jan Richter, BAG Betrieb und Gewerkschaft  
14 Sofia Leonidakis, Parteivorstand  
15 Maximilian Schirmer, Berlin  
16 Katja Maurer, Thüringen  
17 David Stoop, Hamburg  
18 Sahra Mirow, Baden-Württemberg  
19 Frank Tempel, Thüringen  
20 Luise Neuhaus-Wartenberg, Parteivorstand  
21 Sascha H. Wagner, NRW  
22 Rebecca Ruppert, Rheinland-Pfalz  
23 Susanne Schaper, Sachsen  
24 Katharina Slanina, Brandenburg  
25 Kathrin Vogler, NRW  
26 Sarah Vollath, Bayern  
27 Kerstin Wolter, Berlin

28 **Antragskommission**

- 29 Sabine Berninger, Thüringen  
30 Nils Böhlke, BAG Betrieb und Gewerkschaft  
31 Julia Elwing, Baden-Württemberg  
32 Michael Bittner, Demokratische Linke  
33 Yasmin Kirsten, Brandenburg

- 34 Peter Brill, Mecklenburg-Vorpommern
- 35 Lin Lindner, Rheinland-Pfalz
- 36 Tim Detzner, Sachsen
- 37 Sefika Minte, NRW
- 38 Thomas Hecker, Kommunistische Plattform
- 39 Enja Springob, Berlin
- 40 Alexander Jahns, Sachsen
- 41 Conny Swillus-Knöchel, BAG LISA
- 42 Sebastian Koch, Parteivorstand
- 43 Marika Tändler-Walenta, Sachsen
- 44 Jakob Migenda, Hessen
- 45 Kajo Tetzlaff, Berlin
- 46 Marc Mulia, NRW
- 47 Natalia Wilhelmi, Hamburg
- 48 Gabriel Rücker, Sachsen-Anhalt
- 49 Christoph Spehr, Bremen
- 50 Sebastian Wanner, Bayern
- 51 Markus Wollina, Berlin
- 52 **Wahlkommission**
- 53 Janina Albrecht, Sachsen-Anhalt
- 54 Andreas Hein-Foge, Bremen
- 55 Julia Behrens, Berlin
- 56 Patrick Heinz, Rheinland-Pfalz
- 57 Susanne Bruns, Sachsen
- 58 Finn Köllner, Hessen
- 59 Cornelia Kittlaus, Niedersachsen
- 60 Daniel Sittler, Brandenburg
- 61 Anne-Frieda Reinke, Brandenburg
- 62 Björn Tielebein, Berlin
- 63 Kersten Steinke, Thüringen
- 64 Christoph Timann, Hamburg
- 65 Elisabeth Wiesholler, Bayern
- 66 **Mandatsprüfungskommission**
- 67 Sandy Adam, Berlin
- 68 Moritz Bartsch, Rheinland-Pfalz
- 69 Janika Freerks, Hamburg
- 70 Torben Franz, Niedersachsen
- 71 Patricia Fromme, Sachsen-Anhalt
- 72 Holger Hänsgen, Thüringen
- 73 Janina Gebauer, Brandenburg
- 74 Tim Ruland, Bremen
- 75 Anke Kraus, Bayern
- 76 Heike Kretschmer, NRW
- 77 Petra Rank, Sachsen
- 78 Annett Schubert, Berlin
- 79 Dagmar Uhlig, Baden-Württemberg

# Antrag L.1: Die Linke als Steinhaus bauen

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

## 1 Die Linke als Steinhaus bauen

2 Vor einem Jahr haben wir entschieden, die Hoffnung zu organisieren. In einer Zeit von  
3 Militarisierung, Aufrüstung, Klimazerstörung, Sozialabbau und Rechtsruck ist dieses  
4 Vorhaben drängender denn je. Die Menschen in diesem Land erleben inzwischen jeden Tag  
5 Angriffe auf hart erkämpfte soziale und demokratische Rechte, steigende Preise beim  
6 Einkauf, Wohnungsnot und zunehmend Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Immer mehr  
7 spüren, dass etwas fundamental falsch läuft in dieser Gesellschaft: Sie wird ärmer,  
8 während Konzerne reicher werden. Der Markt allein bringt keine gerechten Lösungen  
9 hervor. Arbeit verbürgt kein sicheres Auskommen mehr, während Vermögenseinkommen  
10 durch die Decke gehen. Der Staat kann sich gegen die Wirtschaftslobby nicht  
11 durchsetzen. Als Partei stehen wir denen, die immer mehr unter Druck stehen,  
12 bedingungslos zur Seite. Seit dem Parteitag in Chemnitz haben wir unsere  
13 Mietenkampagne gestartet: Wir organisieren Mieter\*innenversammlungen und arbeiten an  
14 einem breiten Bündnis für einen bundesweiten Mietendeckel. Wir haben  
15 Wehrdienstberatungen ins Leben gerufen, wir schaffen eine breite Öffentlichkeit für  
16 die Aktivierung einer Vermögensteuer, wir organisieren Demonstrationen und beteiligen  
17 uns in Bündnissen gegen Angriffe auf den Sozialstaat. Unsere Aufgabe ist klar: Wir  
18 kämpfen für Verbesserungen für die breite Mehrheit der Bevölkerung. Wir entlarven die  
19 Vorhaben der CDU/SPD-Regierung als das Gegenteil von "Reformen", als massive  
20 Verschlechterung sozialer Standards für die Menschen. Das tun wir im Parlament, in  
21 den Nachbarschaften und auf der Straße. Wir wissen, nur eine dauerhafte Verankerung  
22 unserer Ziele und Forderungen im realen Leben, in Betrieben und Stadtteilen, die  
23 Beteiligung unserer Mitglieder in allen Auseinandersetzungen auf der Seite der  
24 Mehrheit, werden die sozialen Verhältnisse verändern können.  
25 Uns in der Gesellschaft zu verankern und für eine solidarische und friedliche Welt zu  
26 kämpfen, bleibt unsere zentrale Aufgabe.

## 27 1. Eine neue Weltordnung

28 Viele Menschen spüren tagtäglich an der Supermarktkasse und auf ihrem Weg zur Arbeit,  
29 dass ihr Leben teurer und beschwerlicher wird. Das Gefühl, dass sich eine tiefere  
30 Krise unserer Gesellschaft Bahn bricht, macht sich breit. Und es ist begründet. Das  
31 Exportmodell der Bundesrepublik, jahrzehntelang sowohl von Staat als auch Kapital  
32 verfolgt als zentrale wirtschaftliche Strategie, ist an seine Grenzen geraten und  
33 bricht für immer mehr Branchen zusammen: Wichtige Industriezweige fallen gegenüber  
34 China und den USA zurück, weil Innovationen und Investitionen verschlafen wurden, und  
35 weil Europa in Sachen Klimatechnologien und Digitalwirtschaft den Anschluss zu  
36 verpassen droht. Fehlende Investitionen haben auch die europäische Binnennachfrage  
37 über Jahrzehnte geschwächt und die einseitige Exportabhängigkeit der Wirtschaft so  
38 hervorgerufen. Die Klimakrise führt inzwischen auf der ganzen Welt zu hohen  
39 jährlichen Schäden durch Extremwetter und Ernteauffälle und schlägt sich inzwischen

40 ganz konkret in höheren Preisen an der Supermarktkasse durch. Ein von Spekulation  
41 getriebener Rohstoffmarkt verschlimmert dies. Die steigenden Kosten für importierte  
42 fossile Energieträger, für den Umbau der Energieversorgung und für die Abhängigkeit  
43 von unsicher gewordenen Lieferketten werden direkt an die Verbraucher\*innen  
44 weitergegeben, während Energiekonzerne und Großunternehmen sich zusätzlich  
45 bereichern. Arbeitsplätze sind bedroht und Menschen finden sich in sozialen Notlagen  
46 wieder, die ein durch Jahrzehnte neoliberaler Sparpolitik ausgehöhlter Sozialstaat  
47 nicht mehr auffangen kann. Während die Bundesrepublik das Einkommen von  
48 Lohnabhängigen so hoch besteuert wie kaum ein anderer Staat, hält die etablierte  
49 Politik ein Steuerparadies für große Vermögen aufrecht und weigert sich konsequent,  
50 sie an den Kosten der Krise zu beteiligen.

51 Die akuteste und bedrohlichste Krise, die sich in den letzten Monaten im Alltag der  
52 Menschen am deutlichsten zeigt, ist die Eskalation von militärischer Gewalt und  
53 Kriegen. Seit dem völkerrechtswidrigen Angriff der USA und Israels auf den Iran – der  
54 auch von US-Basen in Deutschland aus verübt wird – erleben wir einen Flächenbrand im  
55 Nahen Osten und eine Katastrophe für die Menschen in der Region. Die wirtschaftlichen  
56 Auswirkungen machen sich gerade in der ganzen Welt bemerkbar, auch hierzulande. Es  
57 droht eine globale Energiekrise und Rezession, die die Ärmsten am härtesten trifft.

58 Das Handeln der USA unter Präsident Trump zeigt einmal mehr: Die alte Weltordnung ist  
59 nicht mehr. Die transatlantische Partnerschaft, die über Jahrzehnte der Glaubenssatz  
60 deutscher und europäischer Außenpolitik war, steht immer deutlicher in Frage. Die USA  
61 unter Donald Trump verfolgen unverhohlen eine Außenpolitik, in der sie versuchen, mit  
62 brutaler Gewalt - mal ökonomisch, mal militärisch - anderen Ländern ihren Willen  
63 aufzuzwingen. Die ökonomische und militärische Vorherrschaft der USA wird durch neue  
64 und die bisherigen globalen Akteure - Russland, China, Indien, Japan und die  
65 Europäische Union - herausgefordert. Hier treffen sich aktuell die Politiken von  
66 Trump und Putin. Russland will den Regime-Change und Landgewinne in der Ukraine, die  
67 USA wollen das Öl Irans und Venezuelas und die politische und ökonomische Macht über  
68 Grönland, den Panamakanal und die Straße von Hormus. Trumps Vorgehen im Nahen Osten,  
69 in Venezuela und seine Politik gegenüber der Ukraine – samt Ansprüchen auf  
70 Ressourcenrechte durch die „Schutzmacht“ USA – sind zwei Seiten einer  
71 neoimperialistischen Medaille.

72 Wir befinden uns in einer Zeit neuer Kämpfe der imperialistischen Mächte, die in  
73 verschiedenen Allianzen um politische und ökonomische Vorherrschaft konkurrieren.  
74 Dabei drängt insbesondere China in eine neue Rolle. Während die traditionellen  
75 Einflussphären an Bedeutung verlieren, baut China seinen Einfluss in Afrika aus und  
76 konkurriert mit den USA um günstige Produktionsstandorte, Rohstoffe und Absatzmärkte.  
77 Die EU unterscheidet sich in dieser Hinsicht nicht von anderen geopolitischen  
78 Akteuren, ist aber aufgrund ihrer inneren Widersprüche deutlich weniger  
79 handlungsfähig. Wir befinden uns in einer Zeit, in der neue Machtblöcke mit  
80 unterschiedlichen und wechselnden Allianzen entstehen.

81 Parallel zu dieser Entwicklung der Nationalstaaten erleben wir vielerorts ein  
82 Aufbegehren gegen Autoritarismus und Unterdrückung. Im Iran begehren Hunderttausende  
83 trotz drohender Folter und Hinrichtung gegen das autoritäre Regime auf. Dieses Regime  
84 nutzt den Angriffskrieg der USA und Israels als Vorwand, um noch brutaler gegen  
85 demokratische Kräfte durchzugreifen. In Gaza werden nach monatelangem Krieg und

86 Aushungern weiter humanitäre Wege durch Israel blockiert. Trump droht auch hier mit  
87 einem neokolonialen "Friedensplan" und weiteren militärischen Interventionen gegen  
88 souveräne Staaten wie Kuba.

89 Unsere Perspektive auf all diese Angriffskriege ist unmissverständlich die des  
90 Völkerrechts und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auch und gerade dann, wenn  
91 es von allen anderen politischen Parteien verraten wird. Wir stehen an der Seite  
92 derer, die gegen autoritäre Regime aufbegehren und für ihre Freiheit eintreten. Unser  
93 Blick auf Kriege und Krisen ist nicht die des Generals, sondern derjenigen, die vor  
94 Bomben flüchten müssen. Unsere Perspektive ist die des Widerstands. Unsere Gedanken  
95 und Herzen sind bei denen, die in autoritären Staaten für einen demokratischen Wandel  
96 kämpfen und ihr Leben riskieren.

97 Diese neue Weltordnung stellt vor allem die politischen Eliten in Europa vor eine  
98 Probe. Die USA waren eben kein gutmütiger globaler Hirte, wie uns Konservative und  
99 Neoliberale glauben machen wollten, der nur auf die Einhaltung der Regeln durch alle  
100 pochte, sondern verfolgt auch in Europa schon lange eine knallharte  
101 Interessenpolitik. Für Die Linke ist das nichts Neues. Es war auch schon vor Trump  
102 absehbar, dass eine US-Regierung eines Tages rote Linien übertreten und die  
103 Souveränität europäischer Staaten in Frage stellen würde. Vom "Krieg gegen den  
104 Terror" bis zu den Abhörskandalen gegen Verbündete haben Militär und Geheimdienste  
105 der USA noch nie Völkerrecht und nationale Souveränität geachtet. Das Entsetzen im  
106 europäischen Establishment über Trumps Verhalten zeugt deshalb von kollektiver  
107 Kurzsichtigkeit oder Selbsttäuschung.

## 108 **2. Europa als Friedensmacht und neue Bündnisse**

109 Für Europas wirtschaftliche Eliten war eine enge Bindung an die USA auch immer eine  
110 Garantie für eine Integration in die Weltwirtschaft zu ihren Gunsten. Die neoliberale  
111 Globalisierung war institutionell und machtpolitisch auf ein solches  
112 transatlantisches Bündnis angewiesen. Sie schaffte neue Möglichkeiten für Gewinne im  
113 Ausland und ein Instrument zur Disziplinierung der arbeitenden Klasse im Inland. Die  
114 Regierungen und die wirtschaftlichen Eliten innerhalb der EU wissen noch nicht so  
115 recht, ob und wie sie dies in Trumps neuer Welt kompensieren könnten. Bei der  
116 Mehrheit von ihnen ist der erste Impuls, sich selbst möglichst viel militärische  
117 Durchsetzungsmacht zu sichern, in der Hoffnung, den institutionellen Rahmen für eine  
118 neoliberale Handelsordnung selbst wieder aufzubauen.

119 Für uns dagegen bilden die Interessen der großen Mehrheit in Europa die Grundlage  
120 unserer Arbeit. Und für die Menschen geht es nicht darum, auf Kosten sämtlicher  
121 ökonomischer und politischer Ressourcen der EU-Mitgliedstaaten in die erste Liga der  
122 militärischen Supermächte aufzusteigen. Wenn wir als Linke sagen, wir brauchen ein  
123 anderes Europa, dann meinen wir damit keine militärische Großmacht und keine EU-  
124 Armee, sondern eine Friedensmacht, die zur Verteidigung in der Lage ist, aber keine  
125 Gewalt exportiert – weder in wirtschaftlicher noch in militärischer Form. Das heißt  
126 auch: Keine Waffenexporte und auch keine Handels- und Investitionsschutzabkommen, die  
127 die kleineren Länder gewaltsam ausquetschen.

128 In vielen technologischen Bereichen droht die EU den Konkurrenzkampf mit den USA und  
129 China zu verlieren. Die Reaktion darauf ist eine noch stärkere Hinwendung zu

130 aktuellen marktwirtschaftlichen Reparaturen ohne jede langfristige Perspektive. Die  
131 Investitionen in Klima- und Umweltschutz werden reduziert und umgelenkt. Der Aufbau  
132 einer Rüstungsindustrie und auch einer von den USA unabhängigen Militärpolitik treten  
133 an deren Stelle. Dabei stehen massive nationale Eigeninteressen der Mitgliedsstaaten  
134 den gemeinsamen EU-Zielen allerdings im Wege, wie beispielhaft am Projekt eines  
135 europäischen Kampfflugzeugs zu sehen ist. Gleichzeitig werden in den EU-  
136 Abstimmungsprozessen, in der Militär- und Finanzpolitik und in der Klimapolitik die  
137 EU-Verträge notorisch verletzt. Auf politischer Ebene kommt es vermehrt zur  
138 Zusammenarbeit der konservativen bürgerlichen Parteien mit den radikal rechten  
139 nationalistischen Parteien. Die europäischen Staaten müssen nun sehr klug  
140 entscheiden, wie sie ihre Ressourcen investieren wollen: In Aufrüstung oder lieber in  
141 technologische Unabhängigkeit, zukunftsfeste Bildung und Forschung sowie sozialen  
142 Zusammenhalt. Über die letzten Jahrzehnte wurden die Sozialsysteme der einzelnen  
143 Länder systematisch angegriffen und durch Austeritätspolitik geschwächt.

144 Doch wenn sie wieder aufgebaut werden, können sie Europas größte Stärke werden. Sie  
145 ermöglichen ein höheres Maß an gesellschaftlichem Vertrauen, demokratischer Teilhabe  
146 und sozialem Zusammenhalt, das Europa robuster gegen Einflussversuche und hybride  
147 Kriegsführung von außen macht. Letztlich ermöglicht diese Resilienz auch eine  
148 wirksame zivile und soziale Verteidigung gegen militärische Gegner. Aber in dem Maße,  
149 wie Europas Elite den Sozialstaat zerstört und die zivile Infrastruktur schwächt,  
150 zerstört sie diese Dimension der gesellschaftlichen Resilienz.

151 Europa braucht gegen diese Vision einer kriegerischen Europäischen Union eine  
152 solidarische Perspektive von unten. Dafür brauchen wir innerhalb der linken Familie  
153 in Europa neue widerständige Bündnisse gegen die Militarisierung der Europäischen  
154 Union einerseits und den grassierenden Sozialabbau andererseits. Wir müssen  
155 bündnisfähig sein und in einer Allianz mit den Gewerkschaften, linken Parteien,  
156 transnationalen Bewegungen und Streiks wirken, um eine Alternative zu einer  
157 europäischen Kriegsmacht herauszubilden, die den wirtschaftlichen und politischen  
158 Eliten vorschwebt.

159 Die Alternative zu einer militärischen Großmacht EU liegt auch in einer bewussten  
160 Selbstbeschränkung zur konstruktiven Friedensmacht und einer Hinwendung zum Globalen  
161 Süden. Voraussetzung für ein wirklich souveränes Europa, das sich aus der  
162 Unterwerfung unter die USA befreit, wären Partnerschaften mit anderen Staaten, in  
163 denen sich beide Seiten durch ihre jeweiligen Stärken ergänzen. Europa und der  
164 Globale Süden trennen unterschiedliche Erfahrungen aus der Zeit des Kolonialismus und  
165 der bis heute andauernden Ausbeutung. Eine potentielle Zusammenarbeit ist deshalb  
166 nicht frei von Vorbehalten und Widersprüchen. Nichtsdestotrotz ähneln sie sich  
167 mittlerweile in bestimmten ökonomischen und geopolitischen Interessen, etwa in ihrer  
168 Rolle als Importeure von grünen Technologien aus China und in ihrer Abhängigkeit von  
169 US-amerikanischen Digitalkonzernen und von globalem Investitionskapital. Sowohl  
170 friedens- und klimapolitisch als auch in vielen weiteren Dimensionen der globalen  
171 Politik spielen einige Regierungen des Globalen Südens, wie die Administrationen von  
172 Lula da Silva in Brasilien oder Claudia Sheinbaum in Mexiko, eine sehr konstruktive  
173 Rolle. Sie und andere linke Kräfte weltweit wären die natürlichen Bündnispartner für  
174 ein Europa, das sich endlich von den USA emanzipiert. Die europäische Linke muss  
175 gleichzeitig ihre Bindungen zu Gewerkschaften und sozialen Bewegungen des globalen  
176 Südens, wie etwa der Bewegung der Landlosen, intensivieren, um gemeinsamen Druck für

177 eine gerechtere globale Wirtschafts- und Handelsordnung aufzubauen.  
178 Strategisch gibt es für ein Bündnis der kleineren Staaten und der Mittelmächte im  
179 Norden und Süden gute Gründe, denn es überwiegen die Gemeinsamkeiten: Sowohl Europa  
180 als auch der Globale Süden würden von technologischer Emanzipation von den USA,  
181 insbesondere in der digitalen Sphäre, profitieren, ebenso von größerer Unabhängigkeit  
182 vom US-Finanzsystem. Sowohl für Europa als auch für aufstrebende Länder im globalen  
183 Süden ist eine strategische Technologie- und Industriepolitik zum jetzigen Zeitpunkt  
184 entscheidend.

185 Konstruktive Partnerschaften auf Augenhöhe sind für Europa auch der bessere Weg, an  
186 Ressourcen zu gelangen, die es selbst nicht bereitstellen kann. Um es klar und  
187 deutlich zu sagen: Dies bedeutet höhere, faire Preise im Einkauf und den Verzicht auf  
188 Profite für Europas Konzerne und Eliten, dafür aber Stabilität und Verlässlichkeit in  
189 den Lieferketten für die Ressourcen, die wir für den Umbau der europäischen  
190 Wirtschaft tatsächlich brauchen. Und natürlich bedeutet das auch, Gesellschaften vor  
191 ausbeuterischen Konzernen zu schützen, die systematisch das Lohnniveau senken und für  
192 ihre Profite Menschen und Umwelt massiv Schaden zufügen.

193 Eine Öffnung zum Globalen Süden würde von einem deutlichen Kurswechsel in der  
194 europäischen Innenpolitik abhängen: Statt einer militaristischen, neoliberalen  
195 Festung Europas, wie sie die extreme Rechte, aber auch große Teile der Liberalen,  
196 Konservativen und Sozialdemokraten in einer ganz großen Koalition der  
197 Alternativlosigkeit verfolgen, müsste Europa seine arrogante Haltung gegenüber den  
198 aufstrebenden Gesellschaften des Südens überwinden. Eine neue Internationale als  
199 Gegenpol zu den um Macht und Einfluss konkurrierenden Großmächten kann gelingen, wenn  
200 sie von einem Europa ausgeht, das sich als Friedensmacht nach innen wie nach außen  
201 begreift und auf Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern setzt.

### 202 **3. Zeitenwende und Angriffe auf den Sozialstaat**

203 Die Militarisierung Europas wird entscheidend von der deutschen Bundesregierung  
204 angetrieben. Sie steht für die einseitige Aufhebung der Schuldenbremse, für  
205 Aufrüstung sowie die Parole, das Land "kriegstüchtig" zu machen. Die Zeitenwende  
206 durchzieht alle Teile der Gesellschaft: die Krankenhäuser, die Schulen, die  
207 Universitäten und die Infrastruktur. Alle Bereiche des Lebens werden kriegstüchtig  
208 gemacht, statt sie auf Naturkatastrophen oder strukturelle Krisen vorzubereiten.  
209 Künstlich wird insbesondere von konservativer Seite ein Generationenkonflikt  
210 heraufbeschworen, der in Wahrheit ein Konflikt zwischen den Klassen ist. Derjenigen,  
211 die in Kriegen ihr Leben opfern und derjenigen, die von Kriegen profitieren. Die  
212 verpflichtenden Fragebögen für den freiwilligen Wehrdienst sind nur ein Vorläufer:  
213 Die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht im Raum. Eine Mehrheit der jungen Menschen  
214 sind allerdings gegen Zwangsdienste. Als Linke organisieren wir daher Proteste und  
215 Widerstand gegen diese Zwangsdienste, wir bieten konkrete Hilfe zur  
216 Kriegsdienstverweigerung und bei der Beantwortung der Fragebögen an.

217 Einseitig in die Rüstungsindustrie zu investieren ist nicht nur politisch, sondern  
218 auch ökonomisch fatal. Die geschaffenen Arbeitsplätze können niemals den Verlust an  
219 Industriearbeitsplätzen, den wir gerade erleben, ausgleichen. Der Umbau hin zu einer  
220 Rüstungswirtschaft ist ein Irrweg. Wird er einmal eingeschlagen, macht sich die

221 deutsche Wirtschaft langfristig von der Produktion von Rüstungsgütern und totem  
222 Metall abhängig. Rüstungsausgaben haben kaum oder sogar keine Multiplikatorenwirkung.  
223 Sie schaffen verhältnismäßig wenige Arbeitsplätze zu verhältnismäßig hohen Kosten.  
224 Wir brauchen stattdessen massive Investitionen in den Umbau der Industrie, Bildung,  
225 Infrastruktur und Zukunftstechnologien und einen Plan für die strukturelle Konversion  
226 der Wirtschaft weg von der Rüstungsindustrie.

227 Während das Militärbudget einseitig und grenzenlos anwächst, wächst parallel der  
228 Druck auf den Sozialstaat. Dreistellige Milliardenbeträge stehen Kürzungen beim  
229 Bürgergeld entgegen, die massenhaft Menschen noch weiter in die Armut treiben.  
230 Konservative und Wirtschaftsliberale nutzen ihre historische Chance, um den  
231 Sozialstaat kurz und klein zu schlagen. Es vergeht kein Tag, an dem grundlegende  
232 Rechte nicht von ihnen infrage gestellt werden: sei es die Lohnfortzahlung im  
233 Krankheitsfall, die digitale Krankschreibung, der Acht-Stunden-Tag, das Recht auf  
234 Teilzeit, basale Versicherungsleistungen der gesetzlichen Krankenkasse oder das  
235 Renteneinstiegsalter.

236 Die täglichen Angriffe auf die Rechte der arbeitenden Menschen und den Schutz von  
237 armen Menschen versuchen, die arbeitende Klasse zu spalten und gefügig zu machen. Sie  
238 sind außerdem ein Testballon dafür, um zu sehen, wie weit der Sozialabbau gehen kann.  
239 Nach der Agenda-Politik der rot-grünen Regierung ist dies der Versuch, den  
240 Sozialstaat ein zweites Mal grundlegend auszuhöhlen. Es ist nicht weniger als eine  
241 konzertierte Aktion der Kapitalfraktionen und ihrer ökonomischen und politischen  
242 Helfershelfer, um hart erkämpfte Rechte zurecht zu stutzen. Es ist ein Großangriff  
243 auf uns alle. Das Ziel der Sozialkürzungen der Bundesregierung ist nicht nur, Druck  
244 auf Erwerbslose auszuüben. Wie bei der Agenda 2010 geht es gleichermaßen darum, Druck  
245 auf die Löhne der Beschäftigten und auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften  
246 auszuüben. Die Linke streitet dagegen für gute Löhne und dafür, dass Erwerbslosigkeit  
247 kein Absturz in Armut bedeutet. Wir unterstützen gewerkschaftliche Kämpfe für eine  
248 Verkürzung der täglichen, monatlichen und Lebensarbeitszeit, um der sich  
249 abzeichnenden neue Massenerwerbslosigkeit, dem wachsenden Stress in den verbliebenen  
250 Arbeitsplätzen und der festgefahrenen Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der  
251 Produktion, den Verwaltungen und in der Care-Arbeit entgegenzuwirken.

252 Der Sozialstaat ist leistbar und er ist eine Absicherung für alle Menschen, die sich  
253 jeden Tag für diese Gesellschaft krumm machen, sei es bei der Lohnarbeit oder bei der  
254 unbezahlten Sorgearbeit von Eltern und Kindern. Die Menschen können erwarten, in der  
255 Not von ihm getragen zu werden. Dieses Recht haben alle Menschen in Deutschland, und  
256 wir werden es mit allen Mitteln verteidigen. Das Recht auf den Sozialstaat gilt  
257 universell.

258 Wir werden den Angriffen auf unsere soziale Sicherheit gemeinsam mit den  
259 Beschäftigten und Betroffenen trotzen. Dafür bauen wir Bündnisse mit Gewerkschaften,  
260 Sozialverbänden und progressiven NGOs. Wir legen Pläne vor, wie wir den Sozialstaat  
261 nicht nur erhalten, sondern ihn gerechter, moderner und handlungsfähiger machen  
262 können. Dazu gehören eine Rente, in die alle einzahlen, genauso wie eine  
263 Bürgerversicherung, also eine Krankenkasse für alle. Leistungen müssen einfacher und  
264 schneller beantragt werden können, kein Amt sollte Menschen drangsaliieren.

265 Über die Angriffe auf die sozialen Sicherheitssysteme sind auch weitere wichtige  
266 gesellschaftliche Gruppen gefährdet.

- 267 • Patriarchale Strukturen streben einen Rollback in längst vergangen geglaubte  
268 Machtverhältnisse an oder praktizieren diese bereits. Frauen sollen in alte  
269 Rollenmuster gedrängt werden, sind Angriffen auf ihre Leistungen ausgesetzt,  
270 sollen sich für Vieles rechtfertigen, was Männern wie selbstverständlich  
271 zugestanden wird. Die Erfolge feministischer Kämpfe vergangener Jahrzehnte  
272 werden immer unverhohlener hinterfragt.
- 273 • Noch immer wird vielen Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben verwehrt.  
274 Sie erhalten durchschnittlich weniger Geld und arbeiten fast doppelt so häufig  
275 im Niedriglohnsektor. Wir verstehen uns als sozialistische und feministische  
276 Partei und streben die umfassende Gleichstellung aller Geschlechter an. Unser  
277 Ziel ist die gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von  
278 Haus- und Erwerbsarbeit sowie von sozialen, politischen, kulturellen und  
279 ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern. Das bedeutet für uns  
280 Geschlechtergerechtigkeit.
- 281 • Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen ist kein privates Phänomen. Wir  
282 fordern, dass das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ gesellschaftlich und gesetzlich  
283 verankert und geschützt wird. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt muss als  
284 Querschnittsaufgabe verstanden werden, die in allen politischen  
285 Gestaltungsbereichen mitgedacht und mitberücksichtigt wird.
- 286 • Die herrschende Politik ist verantwortlich dafür, dass für viele Familien Kinder  
287 zum individuellen wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Risikofaktor  
288 geworden sind.
- 289 • Kinder und Jugendliche wachsen in einer Zeit auf, in der es kaum noch  
290 Gewissheiten für ein sicheres Leben gibt. Zunehmende Kinderarmut und die damit  
291 einhergehenden gesundheitlichen, psychischen und sozialen Folgen für die  
292 Familien und die Kinder selbst finden im Handeln der Bundes- und  
293 Landesregierungen kaum Beachtung, geschweige denn Reaktionen und Maßnahmen, die  
294 die Folgen auffangen und die Ursachen beseitigen. Neben der unzureichenden  
295 Ausstattung der Schulen mangelt es an Zugang zu medizinischen, therapeutischen  
296 und psychosozialen Angeboten. Dem setzen wir eine familien- und  
297 kinderfreundliche Politik entgegen: Jedes Kind soll gleiche Chancen auf ein  
298 gutes Leben und eine sichere Zukunft haben.
- 299 Wir fordern:
- 300 • Wer von Arbeit profitiert, muss Verantwortung übernehmen. Deswegen sollten  
301 Arbeitgeber ab sofort einen höheren Anteil für die Kosten der Rente übernehmen.  
302 Wir fordern eine Erhöhung des Arbeitgeberanteils auf 60 Prozent. Außerdem wollen  
303 wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen und die abschlagsfreie Rente  
304 nach 40 Beitragsjahren einführen. Spätestens mit 65 sollte jeder in Rente gehen  
305 können!
- 306 • Alle Erwerbstätigen müssen in die gesetzliche Rente einzahlen – auch Beamte,  
307 Selbstständige und Freiberufler\*innen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir  
308 schrittweise anheben und langfristig abschaffen.
- 309 • Wir brauchen eine solidarische Krankenversicherung, in die alle einzahlen. In  
310 einem demokratischen Sozialstaat müssen Belastungen nach der Leistungsfähigkeit  
311 verteilt sein- dass Besserverdienende weniger für die Sozialversicherung

312 ausgeben müssen als Menschen mit geringeren Einkommen, ist ein eklatanter  
313 Missstand.

314 • Sicherheit gegen Altersarmut: Niemand darf unter die Armutsgrenze fallen (1.400  
315 Euro). Niedrigere Renten müssen durch eine solidarische Mindestrente aufgestockt  
316 werden.

317 • Die Menschen können sich die steigenden Pflegekosten für ihre Angehörigen kaum  
318 noch leisten und trotzdem steht die Pflegeversicherung kurz vor dem Bankrott.  
319 Pflege ist zum Profitgeschäft der Finanzwelt geworden. Wir wollen eine  
320 solidarische Pflegeversicherung, die wieder den Menschen dient. Mit dem Umbau zu  
321 einer Vollversicherung, in die alle einzahlen, können nicht nur die Kosten für  
322 die Betroffenen drastisch gesenkt, sondern auch alle Pflegeleistungen übernommen  
323 werden, ohne teure Zusatzversicherungen.

324 • Krankenhausschließungen treffen den ländlichen Raum besonders hart: Wer auf dem  
325 Land lebt, hat oft keine Alternative - weder eine andere Klinik in der Nähe noch  
326 die Möglichkeit, schnell in die Stadt zu pendeln. Deshalb fordern wir den  
327 sofortigen Stopp von Krankenhausschließungen sowie den Ausbau von  
328 Gesundheitszentren mit Allgemeinmedizin, Pflege und sozialer Beratung als Teil  
329 der kommunalen Daseinsvorsorge.

330 • Die Grundsicherung muss wie vom Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben das  
331 Existenzminimum abdecken. Mit den Sozialverbänden fordern wir, den Regelsatz auf  
332 mindestens 813 Euro zu erhöhen.

333 Den Staat für die Menschen handlungsfähiger zu machen, bedeutet auch, die  
334 Finanzierung auf neue Füße zu stellen. Dafür gibt es zwei entscheidende  
335 Stellschrauben.

336 Zum einen brauchen wir dringend eine Umverteilung von oben nach unten. Superreiche  
337 müssen endlich am Sozialstaat beteiligt werden durch eine Vermögenssteuer und eine  
338 gerechte Reform der Erbschaftssteuer. Seit Jahren entgehen dem Staat jährlich bis zu  
339 147 Milliarden Euro aus der Vermögenssteuer für die Bundesländer, sowie 17 Milliarden  
340 aus der Erbschaftssteuer, weil sich der Staat nicht das Geld bei denen holt, die von  
341 der Arbeit der Menschen in diesem Land leben. Es ist dringend benötigtes Geld für  
342 Busse, Bahnen, Kitas und die Bildung unserer Kinder. Gleichzeitig könnten so deutlich  
343 höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen für diejenigen finanziert werden, die  
344 dieses Land am Laufen halten.

345 Die zweite Stellschraube liegt bei der Abschaffung der Schuldenbremse. Seit ihrer  
346 Einführung hemmt sie öffentliche Investitionen, der öffentliche Investitionsrückstand  
347 liegt weiterhin bei 600 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. Die Krise der  
348 Industrie zeigt außerdem, dass für eine Transformation unserer Wirtschaft in den  
349 kommenden zehn Jahren etwa eine Billion investiert werden müsste, um Arbeitsplätze  
350 und gute Löhne zu sichern. Ein handlungsfähiger Staat muss in die Zukunft investieren  
351 können. Das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität löst nicht das Problem  
352 fehlender Investitionen in Bildung, Zukunftstechnologien und technologische  
353 Unabhängigkeit. Schon jetzt ist absehbar, dass der Umfang nicht ausreicht, um  
354 insbesondere den kommunalen Investitionsstau abzubauen. Deshalb setzen wir uns auch  
355 hier mit Bündnispartnern für die Abschaffung oder eine weitgehende Reform der  
356 Schuldenbremse ein, damit Länder und Kommunen wieder atmen und investieren können.

357 So werden wir auch den Kampf um gesellschaftliches Eigentum gewinnen. Wir holen die  
358 Infrastruktur zurück in die öffentliche Hand. Damit machen wir die Gesellschaft  
359 handlungsfähiger und krisenfester. Eisenbahn und Nahverkehr, Gesundheit und Energie,  
360 Bildung und Wohnraum: Schluss mit der Privatisierung der Daseinsvorsorge! Der  
361 Ausverkauf hat einige wenige extrem bereichert. Wir holen uns das Geld zurück, wir  
362 holen uns die Infrastruktur zurück – zurück in die Hände derjenigen, die den  
363 Wohlstand erarbeiten.

#### 364 **4. Eine demokratische Wirtschaft in einer friedlichen Welt**

365 Die tiefe wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise, wie wir sie gerade erleben,  
366 verlangt nach grundsätzlich neuen Antworten. Als Linke streiten wir für den  
367 demokratischen Sozialismus und damit für eine Wirtschaft und Gesellschaft, die den  
368 Kapitalismus überwindet und in der Ausbeutungsverhältnisse der Vergangenheit  
369 angehören. Wir wissen, dass der Weg dorthin lang ist, doch verlangt die gegenwärtige  
370 wirtschaftliche Situation ein entschlossenes Eingreifen in Markt- und Profitlogik und  
371 mutige Reformschritte hin zu einer solidarischen Wirtschaftsweise.

372 Den arbeitenden Menschen und ihren Gewerkschaften kommt hierbei eine entscheidende  
373 Rolle zu. Wir wollen eine Transformation der Wirtschaft ermöglichen, die von ihnen  
374 selbst geplant und gelenkt wird. Nur so kann es uns gelingen, auf bestehendes Wissen  
375 aufzubauen, um Infrastruktur und Industrie für eine solidarische und nachhaltige  
376 Zukunft umzubauen, die nicht mehr auf globalen Ausbeutungsbeziehungen beruht. Deshalb  
377 fordern wir:

- 378 • Kein Steuergeld für Unternehmen und Konzerne ohne Gegenleistung! Staatliche  
379 Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder indirekte Subventionen) wollen wir  
380 an langfristige Garantien für die Beschäftigten zu Tarifverträgen,  
381 Standortverpflichtungen, verbindliche Investitionspläne und Ausbau der  
382 betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung binden. So treiben wir den  
383 notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voran, sichern Arbeitsplätze und  
384 Einkommen für die Beschäftigten.
- 385 • Wir wollen kommunale Unternehmen wie Stadtwerke und Nahverkehrsunternehmen in  
386 die öffentliche Hand zurückholen und demokratisch organisieren! Unsere Busse und  
387 Bahnen sind zu wichtig, als dass wir sie dem Markt überlassen können.
- 388 • Wir wollen Krankenhäuser, die von privaten Betreibern aufgegeben werden, in die  
389 öffentliche Hand überführen. Zu diesem Zweck können Kommunen und Länder auf  
390 einen Rekommunalisierungsfonds zugreifen. Krankenhäuser müssen nach dem  
391 Kostendeckungsprinzip finanziert werden und dürfen keinen Gewinn machen. Der  
392 Zugriff privater Investoren auf Kliniken und sogar Arztpraxen muss unterbunden  
393 werden. Gesundheit ist keine Ware.
- 394 • Kein Betrieb ohne Betriebsrat! Betriebsratswahlen müssen einfacher werden,  
395 Behinderung von Wahlen und Betriebsräten muss strenger verfolgt und  
396 Gewerkschaften müssen verlässlich Zugang bekommen, insbesondere auch digital.  
397 Die Rechte der Betriebs- und Personalräte müssen ausgebaut werden. Sie brauchen  
398 qualifizierte Veto-Rechte.
- 399 • Öffentliche Steuerung von Schlüsselbranchen durch die Gründung von  
400 Industriestiftungen und anderen öffentlichen Beteiligungsformen neben dem

401 Investitionsfonds. Finanziert durch den Bund, sollen gezielt Anteile an  
402 Unternehmen erworben werden, die eine Schlüsselrolle im Systemwechsel einnehmen.  
403 Damit kann der klimagerechte Umbau besser gesteuert und die Preise am  
404 Energiemarkt stabiler gehalten werden. So schützen wir auch kritische  
405 Infrastruktur wie Raffinerien, Pipelines, Energiespeicher oder Häfen vor dem  
406 Ausverkauf an autoritäre Regime oder private Konzerne. Öffentliche Unternehmen  
407 müssen der Motor der industriellen Erneuerung werden, eine steuernde Rolle  
408 einnehmen und die Kompetenzen privater Unternehmen in Kooperationen einbinden.

409 • Wir fordern 200 Milliarden Euro für den Industrieumbau: Das Geld fließt in einen  
410 Investitionsfonds, aus dem Unternehmen entweder mit langfristigen Krediten oder  
411 im Austausch für Gesellschaftsanteile beim klimagerechten Umbau unterstützt  
412 werden. Beschäftigte sollen einen Kredit erhalten, wenn sie einen Betrieb selbst  
413 übernehmen und genossenschaftlich weiterführen wollen. Das soll auch im Fall  
414 einer Insolvenz gelten, wenn eine grundsätzliche Perspektive auf einen  
415 wirtschaftlichen Weiterbetrieb besteht. Der Fonds soll Gewinne aus Beteiligungen  
416 oder Krediten reinvestieren.

417 • Job- und Einkommensgarantie: Zu einer gerechten Transformation gehört, dass sich  
418 Beschäftigte, die den Beruf und die Branche wechseln, weiterqualifizieren  
419 können, ohne ihr Einkommen zu gefährden. Für die Zeit der Weiterbildung wollen  
420 wir ein Weiterqualifizierungsgeld einführen, das 90 Prozent des letzten Gehalts  
421 beträgt.

422 • Strukturwandel trifft ländliche Regionen besonders: Wenn die Fabrik schließt  
423 oder die Behörde wegzieht, bricht oft das gesamte soziale Gefüge zusammen -  
424 Schule, Einkauf, Vereinsleben. Wir fordern deshalb, dass der Investitionsfonds  
425 für den Industrieumbau explizit auch strukturschwache ländliche Regionen  
426 einschließt und regionale Entwicklungskonzepte mit lokaler Beteiligung fördert.  
427 Leerstand im ländlichen Raum wollen wir durch Förderprogramme für  
428 Gemeinschaftsprojekte, Genossenschaften und kommunale Infrastruktur aktivieren.

429 • Wir wollen den ländlichen Raum stärken und mobil machen, damit nicht jede\*r ein  
430 eigenes Auto braucht, um Ärzt\*innen, Kultur und Bildung, Lebensmittel- und  
431 Einzelhandel zu erreichen oder zur Arbeit zu kommen. Der öffentliche Nahverkehr  
432 ist kein Luxus, sondern gehört zur Grundversorgung.

433 • Viele Regionen leiden unter Arbeitsplatzverlust und Abwanderung. Gute Arbeit  
434 darf keine Frage der Postleitzahl sein. Wir wollen faire Löhne und sichere  
435 Beschäftigung - auch außerhalb der Ballungszentren.

436 • Damit der ländliche Raum Zukunft hat, braucht es schnelles Internet und  
437 flächendeckenden Mobilfunk. Der digitale Anschluss darf kein Privileg für Städte  
438 bleiben. Nur so können Bildung, Verwaltung und Gesundheitsversorgung überall  
439 zugänglich sein.

#### 440 **5. Gegen den Rechtsruck: praktischer Antifaschismus**

441 Wir erleben, dass große Teile der Gesellschaft angesichts dieser immer  
442 offensichtlicheren Krisensymptome resignieren. Die Menschen haben über Jahrzehnte  
443 lernen müssen, dass ihnen die etablierte Politik nur verschiedene Ausprägungen des  
444 Neoliberalismus als Optionen bietet. Die Erwartung, dass die Politik ihr Leben aktiv

445 zum Besseren verändern kann, haben viele inzwischen aufgegeben.

446 Große Teile der bundesrepublikanischen Gesellschaft sind deshalb in einen tiefen  
447 politischen Pessimismus verfallen. Immer mehr Menschen wenden sich darüber hinaus den  
448 extremen Rechten zu. Dieser Teil der Gesellschaft wächst auf besorgniserregende Weise  
449 an.

450 Für das Wiedererstarken der neofaschistischen Rechten gibt es keine einfache  
451 Erklärung. Es wäre falsch, sie alleine auf ökonomische Gründe zurückzuführen. Ebenso  
452 falsch wäre es aber auch, diese Faktoren zu ignorieren. Tiefsitzender Rassismus gibt  
453 es in dieser Gesellschaft schon sehr lange, ebenso wie Sexismus, Frauenhass und  
454 Homophobie. Ohne diese ideologischen Voraussetzungen könnte der Neofaschismus sich  
455 nicht in einem derartigen Maß ausbreiten, ganz gleich, wie schwierig die ökonomische  
456 Situation der Menschen wäre. Klar ist: Mittlerweile hat sich bei einem Teil der AfD-  
457 Wähler ein rassistisches Weltbild festgesetzt, das nicht allein durch politische  
458 Forderungen wieder zurückzugewinnen ist. Aber es gibt viele, die sich aus Wut das  
459 erste Mal für die AfD entscheiden oder in die politische Apathie verabschieden. Für  
460 all diese Menschen sind wir da, sie müssen auch von der Linken angesprochen werden,  
461 wenn wir die Rechten politisch langfristig schlagen wollen. Wir machen keine Politik  
462 für Linke, sondern linke Politik für alle!

463 Die Linke ist sich der besonderen Verantwortung, die aus dieser gesellschaftlichen  
464 Situation erwächst, bewusst. Die Gefahren, die von Faschismus und Militarisierung für  
465 Freiheit, Demokratie, Toleranz und Menschlichkeit in unserer Gesellschaft ausgehen,  
466 sind real greifbar. Die Bundesregierung lässt sich auf vielen Politikfeldern von  
467 rechter Hetze treiben, statt ihr entschlossen entgegenzutreten. Damit knüpft sie an  
468 eine desaströse Entwicklung an, die sich in den vergangenen Jahren in der  
469 Bundesrepublik vollzogen hat: Die de facto Kapitulation vor dem rechten Zeitgeist  
470 lässt sich nicht an einzelnen Regierungen, Parteien oder Personen festmachen, sondern  
471 durchzieht fast den gesamten politischen Betrieb. Die umfassende gesellschaftliche  
472 Militarisierung, die Kriegstüchtigkeit zum zentralen Maßstab in der Innen- wie  
473 Außenpolitik erklärt, wird von allen politischen Kräften im Parlament mitgetragen –  
474 außer uns. Ein autoritärer Umbau von staatlichen Institutionen und Repressionen auf  
475 der Straße sind eine Folge. Der politische Wille, die Klimakrise zu lösen, schwindet,  
476 während sich große Teile des politischen Spektrums an neoliberalen Dogmen  
477 festklammern und durch eine besonders strenge Migrationspolitik im Inland sowie einer  
478 rassistischen und autoritären Politik an den Außengrenzen dem rechten Rand anbieten  
479 und die politischen Inhalte der AfD Stück für Stück umsetzen.

480 Wir setzen der diskriminierenden Asylpolitik, den Verschärfungen  
481 aufenthaltsrechtlicher Regelungen und dem Ausschluss immer mehr Menschen von  
482 Integrationsangeboten und Sozialleistungen sowie der zunehmend rassistischen Rhetorik  
483 gegen geflüchtete Menschen und Migrant\*innen eine an universellen Menschenrechten  
484 orientierte Politik entgegen. Jeder Mensch muss vollen Zugang zu sozialen,  
485 politischen und kulturellen Rechten erhalten. Unsere Vision ist eine gerechte und  
486 offene Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe selbstverständlich ist.

487 Wir wissen, dass wir als Partei den Faschismus nicht alleine besiegen können. Aber  
488 als eine der antifaschistischen Kräfte in unserer Gesellschaft kommt uns eine  
489 wichtige Rolle zu. Zu viel steht auf dem Spiel.

490 Wir verfolgen deshalb eine antifaschistische Bündnispolitik, die dieser Verantwortung

491 gerecht wird, ohne unsere Werte und Überzeugungen aufzugeben. Ein Verbot der AfD als  
492 parlamentarisches Vehikel des Faschismus muss dringend weiterhin verfolgt werden.  
493 Doch ein Verfahren kann Jahre dauern.

494 Insbesondere für die kommenden Monate braucht es neben dem juristischen Weg einen  
495 praktischen Antifaschismus: er setzt bei konkreten Hilfestellungen und Präsenz in der  
496 Kommune und im Stadtteil an. Wir bilden sichere Räume für Antifaschist\*innen auch und  
497 gerade dort, wo Rechte bereits sehr stark geworden sind. Niemals allein, immer  
498 gemeinsam, das gilt für uns insbesondere im ländlichen Raum. Wir widersetzen uns AfD-  
499 Parteitag und der ständigen Präsenz der Rechtsextremen in unseren Städten und  
500 Dörfern. Kein Raum den Faschisten!

501 Nachhaltiger Antifaschismus verlangt allerdings nach einem grundlegenden  
502 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel. Im Kern steht die extreme Rechte  
503 ökonomisch nicht für eine Alternative, sondern für eine massive Verschärfung der  
504 Gegenwart: noch mehr Politik für die Superreichen, noch mehr Sozialabbau, noch mehr  
505 Angriffe auf Beschäftigte und ihre Gewerkschaften, noch mehr Abhängigkeit vom  
506 Weltmarkt und von fossilen Energieträgern.

507 Für viele Menschen ist eine fundamentale Abkehr vom Neoliberalismus außerhalb des  
508 politisch Vorstellbaren gerückt. Deswegen müssen wir die Auseinandersetzung um  
509 Verteilungs- und Eigentumsfragen wieder ins Zentrum der politischen Debatte rücken.  
510 Dies aber nicht abstrakt, sondern indem wir für konkrete Entlastungen für die breite  
511 Mehrheit der Gesellschaft kämpfen. Ob im Supermarkt, auf der Stromrechnung oder bei  
512 Fahrten in Bus und Bahn: Das Leben ist für viele Menschen unbezahlbar geworden, und  
513 die Bundesregierung tut nichts dagegen.

514 Deswegen fordern wir:

- 515 • Als Sofortmaßnahme müssen Grundnahrungsmittel, Hygieneartikel und Tickets des  
516 öffentlichen Nahverkehrs von der Mehrwertsteuer befreit werden. Auch das  
517 Deutschlandticket für 9 Euro muss wieder eingeführt werden, damit jede und jeder  
518 einfach und günstig von A nach B kommt. Perspektivisch stehen wir für einen  
519 kostenlosen Nahverkehr. Das Deutschlandticket nützt nur, wenn es auch Busse und  
520 Bahnen gibt, die man damit nutzen kann. Deshalb fordern wir den Ausbau des ÖPNV  
521 in ländlichen Räumen: Taktichte erhöhen, Rufbusse und On-Demand-Verkehre  
522 fördern und Kommunen bei der Finanzierung des Nahverkehrs entlasten. Wer auf dem  
523 Land lebt, darf nicht nur auf das Auto angewiesen sein.
- 524 • Wir wollen ein "Anti-Abzock-Amt" gegen explodierende Preise! Wir fordern eine  
525 Preiskontrollstelle, die die Preisentwicklung zentraler Güter des täglichen  
526 Bedarfs – etwa Lebensmittel und Energie – überwacht. Wenn Konzerne in  
527 systemrelevanten Branchen Preise deutlich stärker anheben als die Kosten  
528 gestiegen sind, muss es möglich sein, kurzfristig in den Markt einzugreifen. Auf  
529 Preisschocks muss reagiert werden. Im Energiesektor zum Beispiel sollen ohne  
530 Genehmigung keine Preiserhöhungen vorgenommen werden dürfen. Übergewinne durch  
531 Krisen und Kriege müssen konsequent besteuert werden!
- 532 • Unser Ziel: Die Explosion der Mieten nicht nur bremsen, sondern beenden und  
533 rückgängig machen. In angespannten Wohnungsmärkten müssen besonders hohe Mieten  
534 abgesenkt werden. Als Sofortmaßnahme müssen Mieterhöhungen für die nächsten  
535 sechs Jahre ausgeschlossen werden. Die Tricks der Vermieter für höhere Mieten

536 müssen abgeschafft werden: Staffelmieten und Indexmietverträge wollen wir  
537 verbieten und die Vermietung von möblierten Wohnungen streng regulieren.

538 • Bei kommunalen Wohnungsunternehmen wollen wir einen Mietendeckel oder deutliche  
539 Mietsenkungen durchsetzen. Damit wollen wir zeigen, dass Wohnen auch anders  
540 geht! Im Bundestag und in der öffentlichen Debatte kämpfen wir weiterhin für  
541 einen bundesweiten Mietendeckel. Wohnkonzerne mit über 3000 Wohnungen sollten  
542 vergesellschaftet und wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. So  
543 sichern wir demokratische Kontrolle über einen der wichtigsten Bereiche unseres  
544 Lebens: das Wohnen.

545 Für ein bezahlbares Leben zu kämpfen bedeutet auf allen Ebenen, zu zeigen, dass linke  
546 Politik einen praktischen Nutzen hat. Indem wir für eine Verbesserung der  
547 Lebensumstände aller Menschen, für einen handlungsfähigen Staat und soziale  
548 Umverteilung kämpfen, kämpfen wir auch für eine Schwächung der Rechten. Das tun wir  
549 als Partei und Bundestagsfraktion, sowie in den Parlamenten und Regierungen auf  
550 Kommunal- und Landesebene. Eine umfassende Strategie gegen die extreme Rechte  
551 erfordert aber einen neuen antifaschistischen Konsens in der Gesellschaft. Auch  
552 staatliche Stellen müssen hieran ihren Anteil leisten. Deshalb fordern wir:

553 • Die Gegenkräfte in der Zivilgesellschaft stärken! Protest und Aufklärung gegen  
554 rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert  
555 werden. Projekte der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen  
556 und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse, Migrant\*innen-  
557 Selbstorganisationen sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten, wirksamen  
558 Demokratiefördergesetz stärker unterstützt und langfristig finanziell  
559 abgesichert werden. Die politische Bildung wollen wir stärken.

560 • Wir werden die parlamentarische Aufklärung des Rechtsterrors im Bundestag  
561 vorantreiben und Druck machen, damit alle Akten der Geheimdienste u.a. zum NSU-  
562 Komplex endlich freigegeben werden.

563 • Der 8. Mai soll als Tag der Befreiung vom Faschismus endlich ein  
564 bundeseinheitlicher Feiertag werden.

## 565 **6. Wir wollen gewinnen: rote Leuchttürme bauen**

566 Wir stehen in diesem Jahr vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Wir kämpfen  
567 in Berlin darum, die Stadt zur roten Metropole zu machen. Wir kämpfen darum, stärkste  
568 Kraft in der Stadt zu werden und Berlin wieder bezahlbar zu machen. Die Mieten in  
569 Berlin explodieren ungebremst. Für viele Menschen funktioniert die Stadt nicht mehr –  
570 wie in vielen Metropolen der Welt. Wir zeigen für Berlin, was Zohran Mamdani in New  
571 York gezeigt hat: Mit einer durchschlagenden Kampagne für ein bezahlbares Berlin,  
572 einer glaubwürdigen Spitzenkandidatin, mit Haustürwahlkampf und tausenden engagierten  
573 Mitgliedern in allen Bezirken können wir zeigen, dass Politik im Sinne der Mehrheit  
574 der Menschen funktionieren kann. Dass Berlin eine freundliche und solidarische Stadt  
575 sein kann.

576 Gleichzeitig setzen wir alles daran, in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die  
577 AfD von einer Regierungsbeteiligung oder sogar Alleinregierung abzuhalten und von den  
578 Schalthebeln der Macht fernzuhalten. Wir dulden auch keine AfD-Politik, die von der  
579 CDU gemacht wird.

580 Bei den Wahlkämpfen im Osten geht es um mehr als ein paar Prozentpunkte mehr oder  
581 weniger. In den Landtagswahlen entscheidet sich, ob es in Deutschland wieder möglich  
582 ist, dass Rechte auf demokratischem Wege an die Macht kommen können. Die Zerstörung  
583 an grundlegenden Rechten, die Angst unter Migrant\*innen und politisch  
584 Andersdenkenden, von Queers und Kunst- und Kulturschaffenden ist real. Wir stellen  
585 uns vor unsere Nachbar\*innen und Freund\*innen und bieten denen die Stirn, die ihre  
586 Sicherheit bedrohen.

587 Dabei werden wir nach den Wahlen schwierige Entscheidungen dazu treffen müssen, um  
588 die AfD von den Schalthebeln der Macht fernzuhalten. Es ist unsere Aufgabe, in diesen  
589 Fragen solidarisch miteinander zu diskutieren und uns in unserem Antifaschismus nicht  
590 spalten zu lassen. Eine Präsenz in Parlamenten und Regierungsämtern ist dabei für uns  
591 niemals Selbstzweck: Wir messen unser politisches Handeln auf allen Ebenen stets am  
592 Maßstab, soziale und demokratische Rechte zu verteidigen und konkrete Verbesserungen  
593 im Alltag der großen Mehrheit der Menschen zu erkämpfen. Wir werden eventuelle  
594 Minderheitsregierungen und ihre einzelnen Regierungsmaßnahmen sowie  
595 Regierungsbeteiligungen nur mit diesem Maßstab unterstützen. Wir wägen dabei genau  
596 ab, welche Auswirkungen die Unterstützung einer Regierung auf die demokratische  
597 Entwicklung hat. Wir wollen angesichts des Erstarkens der Rechten die  
598 parlamentarische und außerparlamentarische Demokratie ausbauen, nicht noch weiter  
599 schwächen.

600 Die Hoffnung zu organisieren bedeutet, konkrete Siege zu organisieren. Sei es durch  
601 Direktmandate, oder die Wahl von Landrätinnen oder Bürgermeister\*innen. Wir kämpfen um  
602 jedes demokratische Mandat und jede Gemeinde. Gerade im Osten geht es darum,  
603 Hochburgen zu verteidigen oder neue aufzubauen. Wir schaffen rote Leuchttürme der  
604 Hoffnung für die Menschen vor Ort. Sie können ins ganze Land ausstrahlen und einen  
605 Weg zeigen, die Rechte zu besiegen. Weder in Groß- oder Kleinstädten noch im  
606 ländlichen Raum wollen wir den Rechten das Feld überlassen.

607 Um das zu erreichen, vertiefen wir im Osten wie im ganzen Bundesgebiet permanent  
608 unsere Organisationsarbeit: Hunderte unserer Kreisverbände bieten inzwischen  
609 Sozialsprechstunden an, kommen mit den Menschen an der Haustür ins Gespräch und  
610 organisieren Mieter\*inneninitiativen. Diese organisatorische Stärke wollen wir  
611 aufbauen und sie in gesellschaftliche Durchsetzungsmacht im Sinne der Menschen  
612 verwandeln.

## 613 **7. Helfen, organisieren, kämpfen: Das Steinhaus bauen**

614 Hoffnung entsteht aus realen Veränderungen, aus realen Siegen. Hoffnung auf  
615 Veränderung ist das wirksamste Mittel gegen Rechts. Wenn sich Mieterinnen und Mieter  
616 zusammenschließen, wenn aus Ohnmacht und Verzweiflung über die explodierenden Preise  
617 Wut und wirkungsvoller Protest gegen den Vermieter werden, dann erwächst daraus  
618 Hoffnung. Als Sozialistinnen und Sozialisten wissen wir, dass wir über diese kleinen  
619 Siege hinaus denken und planen müssen. Wir brauchen eine konkrete Utopie, dass der  
620 Kapitalismus grundlegend überwunden wird. Aber sie sind der Grundstein für größere  
621 Siege, denn durch sie ermutigen wir Menschen, sich zusammenzuschließen und sich  
622 selbst zu wehren. An immer mehr Orten informieren wir über unseren kostenlosen  
623 Heizkostencheck und schaffen Orte des gemeinsamen Widerstands.

624 Nicht alle Menschen können jeden Tag selbst für ihre Sache einstehen. Deswegen ist es  
625 unser Ziel, dass es überall in der Partei Hilfe und Unterstützung für diejenigen  
626 gibt, die sie brauchen. Kein Anliegen darf uns zu klein sein. Wir wissen, dass nicht  
627 immer aus der direkten Hilfe langfristige Organisation erfolgt, aber wir sehen es  
628 als wirksames Mittel gegen eine zunehmend entsolidarisierte Gesellschaft. Die  
629 konkrete Hilfe und die organisierende Arbeit sind dabei kein Widerspruch, sondern  
630 ergänzen sich und bauen aufeinander auf. Helfen, Organisieren und Kämpfen ist unser  
631 Leitmotiv. Wir wollen allen Menschen ermöglichen und sie dazu befähigen, sich selbst  
632 zu wehren. Die Hoffnungen, die auf uns als Partei gesetzt werden, lösen wir ein durch  
633 reale Veränderungen, die wir inner- und außerhalb der Parlamente erstreiten.

634 Seit der Bundestagswahl sind unsere Zustimmungswerte stabil geblieben und sogar etwas  
635 gestiegen. Aber wir sollten uns auch der Tatsache bewusst sein, dass es für unseren  
636 Anspruch als sozialistische Partei nicht ausreicht, einen kleinen Teil der Menschen  
637 in diesem Land zu überzeugen. Bei der Bundestagswahl haben wir insbesondere jüngere  
638 Menschen erreicht und waren dort stark, wo auch bisher progressive Positionen populär  
639 waren. Es freut uns sehr, dass wir für diese Menschen eine Alternative zu Grünen und  
640 SPD darstellen, von denen sie häufig enttäuscht wurden. Für die nächsten Jahre wird  
641 es unsere Aufgabe sein, diese Menschen weiterhin von linker Politik zu begeistern,  
642 aber auch darüber hinaus Menschen anzusprechen, sonst ist unsere soziale Basis zu  
643 klein und kann in Wahldynamiken zerrieben werden.

644 Das bedeutet: Wir müssen uns dort verankern, wo wir noch nicht so präsent sind. Egal  
645 ob in der Industrie oder im Rettungsdienst, bereits in Rente oder gerade nicht in  
646 Lohnarbeit, wir wollen die gesamte Breite der Klasse ansprechen. Unser thematischer  
647 Fokus auf die explodierenden Mieten und die Bezahlbarkeit des Lebens ermöglicht uns,  
648 viele verschiedene Menschen anzusprechen. Entlang der Probleme des Alltags schaffen  
649 wir Angebote zur Organisation.

650 Um eine Partei aufzubauen, die tatsächlich über den momentanen Erfolg hinweg die  
651 Klasse in ihrer Verschiedenheit organisieren kann, braucht es einen langen Atem. Ein  
652 Haus aus Stroh lässt sich schnell im Sturm der Gezeiten umblasen. Auf einen  
653 politischen Hype können wir uns nicht verlassen. Momentan haben wir ein solides  
654 Fundament aus Holz gebaut, das uns erlaubt, uns stärker in der Gesellschaft zu  
655 verankern und immer mehr Menschen anzusprechen. Wir treten flächendeckend bei  
656 Kommunalwahlen an und verankern uns somit langfristig. Mit den zurückliegenden  
657 Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben wir unsere historisch  
658 besten Ergebnisse erzielt und uns im Westen stärker etabliert.

659 Die Ergebnisse zeigen aber auch: Wir müssen ein stabiles Steinhaus bauen.

660 Wir halten an unserem Weg, uns in der Gesellschaft, in Betrieben, in Vereinen,  
661 Gewerkschaften und im Stadtteil zu verankern, fest. Indem unsere Mitglieder an den  
662 verschiedensten Orten aktiv werden und sich organisieren, legen sie das Fundament zu  
663 unserem Steinhaus.

664 Ein maßgeblicher Baustein unseres Erfolgs ist der solidarische Umgang untereinander.  
665 Revolutionäre Freundlichkeit ist Maßgabe und Voraussetzung unserer Politik. Nur wenn  
666 wir selbst untereinander solidarisch bleiben, können wir glaubhaft für eine andere,  
667 eine freundliche Gesellschaft streiten. Dieser solidarische Umgang zeigt sich in der  
668 Arbeit an der Basis, in inhaltlichen Diskussionen und im öffentlichen Raum. Wir  
669 diskutieren hart in der Sache, sprechen einander aber nicht ab, Linke zu sein.

670 Unser größter politischer Gegner steht rechts, unser zweiter politischer Gegner ist  
671 die Resignation. Wollen wir gegen beide stärker werden, dürfen wir uns selbst nicht  
672 schwächen. Die Lage ist zu ernst. Die Millionen Menschen, die auf uns vertrauen,  
673 erwarten von uns, diese historische Chance einer erneuerten Linken nicht zu  
674 verspielen. Wir alle tragen für diese Erneuerung Verantwortung.  
675 Vor uns liegen noch Jahre der harten Arbeit und sicher auch noch der ein oder andere  
676 Rückschlag. Aber wir sind überzeugt: Wenn wir uns weiter auf diesem Weg bewegen,  
677 werden wir erfolgreich sein.

# Antrag G.01: Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Für gleiche Rechte im Nahen Osten / Westasien – gegen jeden Rassismus und**  
2 **Antisemitismus**

3 **1. Einordnung**

4 Die Linke hat auf ihrem Bundesparteitag 2024 in Halle einen Beschluss zur Situation  
5 in Israel und Palästina gefasst, der die verschiedenen Perspektiven der betroffenen  
6 Akteur\*innen ernst nimmt, die mehrfach asymmetrischen Machtverhältnisse benennt und  
7 an die Verantwortung aller regionalen und internationalen Akteure für eine politische  
8 Lösung appelliert. Dieser wegweisende Beschluss erkennt das besondere historische  
9 Verhältnis Deutschlands zu Israel an und weitet diese Verantwortung ausdrücklich auch  
10 auf die Sicherheit, Selbstbestimmung und Würde der Palästinenser\*innen aus. Seitdem  
11 hat sich die Situation weiter katastrophal entwickelt.

12 Der größte Massenmord an Jüdinnen und Juden nach dem zweiten Weltkrieg durch die  
13 Hamas und verbündete Milizen am 7. Oktober hat die israelische Gesellschaft zutiefst  
14 erschüttert und verunsichert, der bereits geschwächten Friedensbewegung schweren  
15 Schaden zugefügt und zu einer Radikalisierung der jüdisch-israelischen Gesellschaft  
16 geführt. Die darauffolgenden militärischen Reaktionen der israelischen Regierung  
17 haben zu einer regionalen Eskalation geführt, deren Folgen bis heute anhalten. Der  
18 Gazastreifen ist in weiten Teilen zerstört, zehntausende Palästinenser\*innen wurden  
19 getötet, die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Internationale  
20 Menschenrechtsorganisationen und zahlreiche Völkerrechtler\*innen sprechen angesichts  
21 der systematischen Zerstörung ziviler Infrastruktur, der massenhaften Tötung von  
22 Zivilist\*innen, der Vertreibungsrhetorik führender israelischer Regierungsmitglieder  
23 und der Blockade humanitärer Hilfe von schwersten Völkerrechtsverbrechen bis hin zu  
24 einem Genozid. Auch in der Linken sind die Mitglieder mehrheitlich davon überzeugt,  
25 dass die systematisch begangenen Verbrechen einen Völkermord darstellen. Andere  
26 Mitglieder sind vorsichtiger.

27 Wir sprechen uns klar dagegen aus, Menschen, die Zweifel daran haben, dass der  
28 juristische Tatbestand des Genozids erfüllt ist, fälschlicherweise zu unterstellen,  
29 sie würden damit die israelischen Kriegsverbrechen leugnen oder gar unterstützen.  
30 Einig sind wir in der ausdrücklichen Begrüßung der Untersuchung der Vorwürfe durch  
31 den Internationalen Gerichtshof und den Internationalen Strafgerichtshof. Inmitten  
32 dieser Zerstörung besteht die palästinensische Gesellschaft weiter. Menschen  
33 organisieren sich, dokumentieren, beharren auf ihrer Existenz und ihrem Recht auf  
34 Selbstbestimmung.

35 Auch im Westjordanland verschärft sich die Lage dramatisch. Die eskalierende und  
36 tägliche Gewalt bewaffneter Siedler\*innen, militärische Übergriffe der israelischen  
37 Armee, großflächige Vertreibungen palästinensischer Gemeinden und der fortgesetzte  
38 Siedlungsbau, insbesondere das Projekt E1, zerstören die letzten realen  
39 Voraussetzungen für einen souveränen und zusammenhängenden palästinensischen Staat.

40 Dabei ist nicht erst, aber endgültig seit Juli 2024 auch juristisch klar, dass die  
41 Besatzung, Entrechtung und Vertreibung in Palästina durch Israel eindeutig  
42 völkerrechtswidrig ist und Israel dazu nach internationalem Recht verpflichtet ist,  
43 die völkerrechtswidrig besetzten Gebiete zu räumen und endlich palästinensische  
44 Selbstbestimmung zuzulassen. Gleichzeitig kommt es zu bewaffneten Angriffen und  
45 Kriegsverbrechen palästinensischer Akteure etwa gegen israelische Zivilist\*innen, die  
46 wir unmissverständlich verurteilen.

47 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran und der mit  
48 Vertreibungen und Annexionsdrohungen verbundene Einmarsch der israelischen Armee im  
49 Südlibanon haben zu einer weiteren regionalen Eskalation geführt, der internationalen  
50 Ordnung und der Weltwirtschaft schweren Schaden zugefügt und viele unschuldige  
51 Menschen das Leben gekostet. Wir fordern nicht nur einen sofortigen Waffenstillstand,  
52 sondern auch die Aufnahme von Verhandlungen über einen dauerhaften Frieden. Wir  
53 verurteilen auch die Angriffe des iranischen Regimes auf Nachbarstaaten und seine  
54 fortgesetzte Unterdrückung der eigenen Bevölkerung.

55 Die israelische Regierungspolitik agiert zunehmend autoritär, nationalistisch und  
56 offen expansionistisch und stützt sich auf die Unterstützung zahlreicher westlicher  
57 Staaten, insbesondere der USA und Deutschlands. Die palästinensische Bevölkerung  
58 hingegen fordert seit Jahrzehnten das ein, was ihr völkerrechtlich zusteht: einen  
59 eigenen Staat, Selbstbestimmung, ein Ende der Besatzung. Diese Forderung ist keine  
60 Verhandlungsmasse, sie ist die politische Grundlage jeder ernsthaften Lösung. Die  
61 Friedensinitiativen der letzten Jahre, einschließlich Trumps sogenannten  
62 „Friedensplans“ von 2025, missachten das Selbstbestimmungsrecht der  
63 Palästinenser\*innen und verfestigen faktisch eine völkerrechtswidrige Ein-Staat-  
64 Realität, die von israelischer Hegemonie geprägt ist.

65 Die Politik der aktuellen aber auch einiger vorheriger Regierungen verändert auch die  
66 israelische Gesellschaft selbst: Fortschreitende Militarisierung, systematischer  
67 Abbau rechtsstaatlicher Institutionen etwa durch die Justizreform und wachsende  
68 internationale Isolation sind Ausdruck einer autoritären Entwicklung, vor der wir als  
69 Linke nicht die Augen verschließen dürfen. Gefährlich ist auch die schleichende  
70 Normalisierung von Besatzung und Gewalt innerhalb Israels. Das von der rechten  
71 israelischen Regierungsmehrheit gegen die Opposition verabschiedete Gesetz zur  
72 Verhängung der Todesstrafe durch Militärgerichte bei Verurteilung wegen Mordes, das  
73 de facto nur gegen Palästinenser\*innen gerichtet ist, ist nicht nur ein schwerer  
74 Verstoß gegen humanitäre und rechtsstaatliche Prinzipien, sondern verschärft auch  
75 weiter die rassistische Diskriminierung der Palästinenser\*innen.

76 Fast 80 Jahre nach der Staatsgründung Israels und nahezu 60 Jahre nach Beginn der  
77 völkerrechtswidrigen Besatzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens ist die  
78 Perspektive eines gerechten Friedens weiter entfernt denn je. Der – allerdings  
79 brüchige – Waffenstillstand im Gazastreifen und die damit verbundene Freilassung  
80 aller israelischen Geiseln und größtenteils unrechtmäßig inhaftierten  
81 palästinensischen Gefangenen aus israelischen Gefängnissen sind demgegenüber  
82 Schritte, die wir begrüßen. Wir verurteilen mit der UN und zahlreichen  
83 Hilfsorganisationen weltweit aber auch, dass die israelische Regierung immer wieder  
84 und willkürlich die Versorgung der Bevölkerung in Gaza mit Medizin und Lebensmitteln  
85 unterbricht und einschränkt.

## 86 **2. Linke Politik, innerparteiliche Verantwortung und Selbstverständigung**

87 Die Debatte über Israel und Palästina berührt zentrale Fragen unseres  
88 friedenspolitischen und emanzipatorischen Selbstverständnisses. Zugleich ist sie in  
89 der Gesellschaft wie in unserer Partei umstritten und von unterschiedlichen  
90 historischen, theoretischen und biografischen Zugängen geprägt.

91 In der Partei wird über den Zionismus als politische Ideologie, als Reaktion auf den  
92 radikalisierten Antisemitismus insbesondere in Europa, über die Charakterisierung des  
93 Staates Israel als siedlungskolonial, über das Verhältnis von Antisemitismus und  
94 Antizionismus sowie über Formen legitimen gewaltfreien politischen Widerstands  
95 kontrovers diskutiert. Diese Debatten sind notwendig. Ein Bestandteil davon ist auch  
96 die Tagespolitik der deutschen Regierung. Die Bundesregierung ist durch ihre  
97 bedingungslose Unterstützung der israelischen Regierung, durch Waffenlieferungen und  
98 durch die politische Sanktionierung und Verfolgung von Solidaritätsaktionen mit  
99 Palästina am Krieg beteiligte Mittäterin.

100 Diese Auseinandersetzungen sind geprägt von unterschiedlichen Perspektiven und  
101 Prägungen, von persönlichen Biografien und Familiengeschichten, von Erfahrungen mit  
102 Rassismus und Verfolgung, von Solidarität mit den Menschen in Gaza und im  
103 Westjordanland und von Erfahrungen auf Demonstrationen in Deutschland, sowie von den  
104 Prägungen des antifaschistischen Erbes unserer Partei, vom Kampf gegen Antisemitismus  
105 und von der Verantwortung aus der deutschen Geschichte und der Shoah. Gerade deshalb  
106 gilt: Je größer die Tragödie, desto gefährlicher die schnelle Gewissheit. Aber es ist  
107 wichtig, dass wir als Partei verschiedene Perspektiven aushalten. Diese Debatten  
108 dürfen jedoch weder in Relativierungen von Gewalt noch in gegenseitige  
109 Delegitimierung umschlagen.

110 Wir halten fest: Das Unrecht gegenüber den Palästinenser\*innen begann nicht erst 1967  
111 oder 2023, sondern spätestens 1948 mit der Nakba, der Flucht und Vertreibung  
112 hunderttausender Palästinenser\*innen im Zuge der israelischen Staatsgründung und des  
113 darauffolgenden Angriffs der arabischen Nachbarstaaten. Diese historische Erfahrung  
114 ist zentral für das palästinensische Selbstverständnis und darf weder relativiert  
115 noch marginalisiert werden. Gegenwärtig leben Millionen palästinensische Geflüchtete  
116 in Flüchtlingslagern sowie in der ausländischen Diaspora. Ihnen wird bis heute die  
117 Rückkehr verwehrt.

118 Gleichzeitig erkennen wir an, dass der Zionismus seit dem späten 19. Jahrhundert auch  
119 eine historische Reaktion auf jahrhundertelangen europäischen Antisemitismus war und  
120 für Jüdinnen und Juden zu dieser Zeit einen legitimen Wunsch nach Sicherheit und  
121 Selbstbestimmung ausdrückte. Palästina als historischer Bezugspunkt schien Teilen der  
122 zionistischen Bewegung als Heimstatt geeignet, dies missachtete aber auf fatale Weise  
123 die Perspektive der indigenen arabischen Bevölkerung, auch wenn es in der  
124 zionistischen Bewegung stets Stimmen gegeben hat, die für eine friedliche Koexistenz  
125 eintraten. Für zahlreiche Jüdinnen und Juden war die Flucht nach Palästina dann in  
126 den 1930er und 1940er Jahren zudem die einzige Möglichkeit, dem  
127 nationalsozialistischen Vernichtungsantisemitismus zu entkommen. Nach der  
128 Staatsgründung wurde Israel auch zum Zufluchtsort für Jüdinnen und Juden, die etwa  
129 aus arabischen Ländern und Osteuropa vertrieben wurden. Auch heute sehen die meisten  
130 Jüdinnen und Juden Israel als sicheren Zufluchtsort vor antisemitischer Verfolgung  
131 und Diskriminierung. Diese Ambivalenz anzuerkennen, bedeutet weder koloniale Elemente

132 des Zionismus zu leugnen, noch heutige Unrechtsverhältnisse zu rechtfertigen.

133 Wir bekennen uns daher weiterhin unmissverständlich zum Selbstbestimmungsrecht von  
134 Jüdinnen und Juden im heutigen Staat Israel. Genauso unmissverständlich bekennen wir  
135 uns zum Selbstbestimmungsrecht von Palästinenser\*innen in einem unabhängigen Staat  
136 Palästina. Dies schließt ausdrücklich das Existenzrecht Israels und das Existenzrecht  
137 Palästinas im Sinne einer integrativen Zweistaatenlösung ein.

138 Zugleich stellen wir fest, dass Israel der palästinensischen Bevölkerung in den  
139 völkerrechtswidrig besetzten Gebieten die politische und nationale Selbstbestimmung  
140 und grundlegende Menschenrechte vorenthält. Innerhalb Israels erleben  
141 Palästinenser\*innen soziale und politische Diskriminierung, die bisher zumindest  
142 formale rechtliche Gleichstellung wird zunehmend in Frage gestellt. Die Lage zwischen  
143 Mittelmeer und Jordan ähnelt daher aktuell einer Ein-Staaten-Realität mit Hegemonie  
144 der jüdisch-israelischen Bevölkerung.

145 Aus dieser Analyse folgt für uns als Partei eine doppelte Verantwortung: gegen  
146 Antisemitismus in all seinen Formen sowie für den Schutz jüdischer Selbstbestimmung  
147 und gleichzeitig für die Rechte, die Sicherheit und die Selbstbestimmung der  
148 Palästinenser\*innen sowie gegen anti-palästinensischen Rassismus einzustehen. Beides  
149 ist untrennbar miteinander verbunden.

150 Diese Verantwortung wahrzunehmen heißt für uns, solidarische und auf wechselseitige  
151 Anerkennung und Empathie ausgerichtete politische Lösungsvorschläge von lokalen  
152 Akteur\*innen zu unterstützen, die demokratisch legitimiert sind und die sowohl für  
153 das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser\*innen eintreten als auch das von  
154 Jüdinnen und Juden schützen. Wir berücksichtigen diese Perspektiven in unserer  
155 politischen Auseinandersetzung. Dabei orientieren wir uns an sozialistischen  
156 Grundsätzen, insbesondere die Gegnerschaft zu Ausbeutung, Unterdrückung und  
157 Ungleichheit und an völkerrechtlichen Maßstäben, menschenrechtlichen Analysen sowie  
158 an den Erfahrungen und Perspektiven der Betroffenen selbst.

159 Wir lehnen die Hamas als eine durch antisemitische Ideologie geprägte, islamistische  
160 Terror-Organisation ab und verurteilen die von ihr verübte völker- und  
161 menschenrechtswidrige Gewalt. Wir wissen, dass militärische Unterdrückung, Besatzung  
162 und Entrechtung keine Sicherheit schaffen, sondern Gewalt reproduzieren. Unsere  
163 politischen Bezugspunkte sind jene zivilgesellschaftlichen, linken, gewaltfreien,  
164 feministischen und antikolonialen Kräfte in Israel und Palästina, die für  
165 Gleichberechtigung und eine gemeinsame Zukunft in Freiheit und Sicherheit aller  
166 Menschen in der Region eintreten.

167 Die innerparteilichen Fachgespräche der letzten Monate haben gezeigt, wie groß der  
168 Bedarf an politischer Klärung, an gegenseitigem Zuhören und an Schutz vor  
169 Diffamierung ist. Als Partei wollen wir diese Debatten solidarisch, kontrovers und  
170 respektvoll führen. Für Gewaltverherrlichung, Einschüchterung, antisemitische oder  
171 rassistische Positionen ist dabei kein Platz.

172 Gleichzeitig verteidigen wir all diejenigen, die sich für palästinensische Rechte,  
173 für einen Waffenstillstand und für einen gerechten Frieden engagieren und dabei  
174 Repression, Kriminalisierung oder Polizeigewalt erfahren. Friedlicher Protest,  
175 internationale Solidarität und auch Boykott- und Sanktionsaufrufe sind legitime  
176 Mittel politischer Auseinandersetzung, sofern sie wirksam und zielgerichtet die

177 Unterstützer\*innen und Verantwortlichen von Diskriminierung, Besatzung,  
178 Angriffskriegen und Kriegsverbrechen, aber nicht unterschiedslos die israelische  
179 Bevölkerung treffen.

180 Wir stellen uns außerdem bedingungslos schützend vor Jüdinnen und Juden in  
181 Deutschland und weltweit, die nicht nur, aber vor allem auch seit Oktober 2023,  
182 Angriffen und Beschimpfungen auf der Straße, in Schulen und Hochschulen und vielen  
183 anderen gesellschaftlichen Räumen ausgesetzt sind. Es kann nicht sein, dass Jüdinnen  
184 und Juden für die Politik der Netanjahu-Regierung pauschal verantwortlich gemacht  
185 werden.

186 **Für unsere politische Praxis heißt das:**

- 187 • Die Linke führt innerparteiliche Debatten zu Israel und Palästina strukturiert,  
188 transparent und geschützt vor Diffamierung. Politischen Kampagnen und  
189 Mobilisierungen gegen Genoss\*innen treten wir gemeinsam entgegen.
- 190 • Die Linke stellt sich gegen jede Form von Antisemitismus, antimuslimischem  
191 Rassismus und gegen die Instrumentalisierung des Nahostkonflikts für  
192 innenpolitische Hetze. Wir unterstützen Dialog- und Begegnungsformate und  
193 möchten präventive Ansätze in Schulen oder anderen Einrichtungen stärken. Wir  
194 sind davon überzeugt, dass Prävention, Aufklärung und Begegnung gegen  
195 Antisemitismus, Rassismus und jede Form der Ausgrenzung und Diskriminierung  
196 helfen.
- 197 • Die Linke setzt sich weiterhin für die Anerkennung des Staates Palästina im  
198 Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts, mit sämtlichen UN-Resolutionen,  
199 für die Beendigung der Besatzung, für den Abbau illegaler jüdischer Siedlungen  
200 im besetzten Westjordanland sowie für eine integrative Zweistaatenlösung ein, in  
201 der das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser\*innen als auch von  
202 Jüdinnen und Juden verwirklicht werden kann. Sie stärkt dafür den Austausch mit  
203 progressiven Kräften in Israel und Palästina und macht ihre Stimmen sichtbar.  
204 Wir nehmen dabei auch die Bemühungen von progressiven Akteur\*innen in Israel und  
205 Palästina wahr, das Nationalstaatsmodell auch in Israel und Palästina  
206 perspektivisch zu überwinden und dieses in Richtung einer verschränkten  
207 Staatlichkeit mit gleichen Rechten und gleicher Selbstbestimmung für alle  
208 Menschen in Israel und Palästina weiterzuentwickeln.
- 209 • Die Linke verteidigt das Recht auf friedlichen Protest und politische  
210 Meinungsfreiheit für einen gerechten Frieden in Israel und Palästina auch dann,  
211 wenn Positionen umstritten sind.
- 212 • Die Linke ist für Maßnahmen gegen wirtschaftliche, staatliche und akademische  
213 Institutionen und Unternehmen, die von der völkerrechtswidrigen Besatzung und  
214 dem Siedlungsbau profitieren oder diesen unterstützen. Diese Maßnahmen müssen  
215 sich immer gegen diese Einrichtungen und niemals gegen Gruppen von Individuen  
216 allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Religion oder ihrer Herkunft  
217 beziehen. Wir fordern zudem auch staatliche Akteure in Deutschland auf,  
218 Beteiligungen oder auch Förderungen von solchen Institutionen oder Unternehmen  
219 zu prüfen und zu beenden.

220 In diesem Sinne beteiligen wir uns als Die Linke an Demonstrationen für den Frieden,  
221 gegen Antisemitismus und Rassismus und für das Selbstbestimmungsrecht von Jüdinnen

222 und Juden sowie Palästinenser\*innen in Israel und Palästina. Wir organisieren  
223 Veranstaltungen zur Aufklärung über die aktuelle Situation in Israel und Palästina  
224 sowie ihre ambivalente historische Genese und erarbeiten entsprechende Materialien.

### 225 **3. Unsere Forderungen**

226 Die deutsche Bundesregierung trägt eine besondere Verantwortung aufgrund der  
227 nationalsozialistischen Verbrechen, die die vollständige Vernichtung jüdischen Lebens  
228 zum Ziel hatten. Diese Verantwortung darf nicht auf eine einseitig verstandene  
229 „Staatsräson“ reduziert werden, die Völkerrechtsverletzungen relativiert oder  
230 legitimiert. Deutschland ist völkerrechtlich verpflichtet, Waffenlieferungen in  
231 Konfliktregionen zu unterlassen, und aktiv zur Beendigung von Besatzung, Krieg und  
232 Unterdrückung beizutragen. Die Waffenlieferungen nach Israel müssen sofort gestoppt  
233 werden. Wir unterstützen gewerkschaftliche und humanitäre Aktionen, die sich solchen  
234 Waffenlieferungen entgegenstellen.

235 Die fortgesetzte politische, diplomatische und militärische Unterstützung der  
236 israelischen Regierung trotz dokumentierter Kriegsverbrechen stellt einen Bruch mit  
237 diesen Verpflichtungen dar. Der Antrittsbesuch des Bundeskanzlers Merz bei Benjamin  
238 Netanjahu trotz internationalem Haftbefehl war ein fatales Signal der Normalisierung.  
239 Ein gerechter Frieden setzt die Anerkennung der palästinensischen Selbstbestimmung  
240 ebenso voraus wie die Sicherheit jüdischen Lebens. Dies schließt die Anerkennung der  
241 historischen Bedeutung der Nakba und die Notwendigkeit einer Verhandlung über das  
242 Rückkehrrecht palästinensischer Geflüchteter und Entschädigungen ein, wie sie unter  
243 anderem in UN-Resolutionen vorgesehen ist.

#### 244 **Wir fordern:**

- 245 • Den sofortigen und umfassenden Stopp aller Kriegshandlungen und Angriffe der USA  
246 und Israels gegen die palästinensische Bevölkerung und andere Länder der Region.  
247 Sofortiger Stopp aller Waffenlieferungen an Israel. Stopp der Gegenschläge von  
248 Seiten des Irans und Verhandlungen über Waffenstillstand.
- 249 • Den konsequenten Einsatz der Bundesregierung für einen sofortigen, tatsächlichen  
250 und nachhaltigen Waffenstillstand an allen Fronten!
- 251 • Den Rückzug der israelischen Armee aus allen seit 1967 völkerrechtswidrig  
252 besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich der aktuell im Südlibanon  
253 und in Syrien eingenommenen Besatzungspunkte.
- 254 • Hilfe leisten! Die ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im  
255 Gazastreifen, den Wiederaufbau der Zivileinrichtungen und Infrastruktur,  
256 insbesondere Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und religiösen  
257 Stätten.
- 258 • Die Umwandlung der UN-Resolution 2803 in eine die palästinensische  
259 Selbstbestimmung nachhaltig unterstützende Resolution, die die Umwandlung des  
260 „Board of Peace“ von einem neo-kolonialen Instrument hin zu einer demokratisch  
261 legitimierten Körperschaft die palästinensisches Selbstbestimmungsrecht in den  
262 Mittelpunkt rückt.
- 263 • Die Bundesregierung soll Palästina als eigenen Staat in den Grenzen von 1967 mit  
264 Ostjerusalem als Hauptstadt anerkennen, um so die Möglichkeiten einer gerechten,  
265 das Selbstbestimmungsrecht sowohl von Palästinenser\*innen als auch von Jüdinnen

- 266 und Juden in Israel und Palästina verwirklichenden politischen Lösung zu stärken  
267 und damit einen nachhaltigen Friedensprozess in Israel und Palästina zu  
268 befördern.
- 269 • Deutschland und die EU müssen auch den Druck auf die noch ausstehenden Staaten  
270 der Region erhöhen, den Staat Israel im Rahmen einer friedlichen Lösung in  
271 Israel und Palästina anzuerkennen und der Forderung nach einer Vernichtung des  
272 Staates entgegenzutreten.
  - 273 • Schluss mit Besatzung, Vertreibung und Siedlungsbau! Der Internationale  
274 Gerichtshof (IGH) hat in seinem Rechtsgutachten vom 19. Juli 2024 festgestellt,  
275 dass die israelische Besatzung der Westbank, des Gazastreifens und Ostjerusalems  
276 gegen das Völkerrecht verstößt und dass Israel verpflichtet ist, die Besatzung  
277 „so schnell wie möglich“ zu beenden. Wir unterstützen gewaltfreie Versuche, die  
278 Besatzungspolitik Israels zu beenden, ausdrücklich. Darin eingeschlossen sind  
279 Forderungen nach wirtschaftlichen Sanktionen gegen Akteur\*innen, die von der  
280 illegalen Besatzungspolitik profitieren. Die Linke wird darüber hinaus mit  
281 parlamentarischen Initiativen im Bundestag versuchen, den Forderungen des IGH-  
282 Gutachtens Geltung zu verschaffen.
  - 283 • Israel muss sich entsprechend des Waffenstillstandsabkommens mit dem Libanon aus  
284 dem November 2024 aus libanesischem Gebiet zurückziehen.
  - 285 • Die Hamas muss ihren bewaffneten Kampf, ihr Ziel einer Zerstörung Israels und  
286 ihre Diktatur in Gaza aufgeben, um den Weg zu Frieden und demokratischer  
287 Selbstregierung der Palästinenser\*innen frei zu machen.
  - 288 • Die materielle und diplomatische Unterstützung jener Organisationen und  
289 zivilgesellschaftlichen Kräfte, die in Israel und Palästina gemeinsam für  
290 Dialog, Selbstbestimmung und gleiche Rechte eintreten – gerade dort, wo das  
291 unter Repression und extremem Druck geschieht.
  - 292 • Die konsequente Unterstützung internationaler Gerichtsbarkeit und die  
293 vollständige Aufklärung und Ahndung aller Verstöße gegen das humanitäre  
294 Völkerrecht und die Menschenrechte. Wir fordern eine unabhängige internationale  
295 Untersuchung aller mutmaßlichen Kriegsverbrechen im Kontext des Gaza-Krieges,  
296 die alle Seiten einschließt, darunter die militärischen Handlungen im  
297 Gazastreifen sowie die Ereignisse vom 7. Oktober. Die Abriegelung Gazas muss  
298 beendet werden: Von den Vereinten Nationen mandatierte  
299 Untersuchungskommissionen, internationale Medien, forensische Expert\*innen und  
300 humanitäre Organisationen müssen ungehinderten Zugang erhalten. Die  
301 Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der israelischen Regierung mit  
302 Nachdruck für diesen Zugang sowie für die Arbeit des Internationalen  
303 Strafgerichtshofs einzusetzen. Die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen und  
304 ihrer Organisationen, insbesondere des UNRWA, muss gegen politischen Druck und  
305 Finanzierungsentzug aktiv verteidigt werden.
  - 306 • Geflüchtete schützen! Wir fordern, dass Geflüchtete aus Gaza und dem  
307 Westjordanland umgehend den Flüchtlingsstatus in Deutschland erhalten und vor  
308 Abschiebung geschützt werden. Es braucht die Einrichtung eines Aufnahmeprogramms  
309 mit zusätzlichen Plätzen, das den betroffenen Menschen einen gesicherten Status  
310 und damit eine sichere Zukunft in Deutschland ermöglicht. Wir fordern die

311 Bundesregierung auf, geflüchtete Menschen aus Gaza und dem Westjordanland, aber  
312 auch aus anderen Herkunftsländern, nicht in andere Mitgliedstaaten der  
313 Europäischen Union abzuschieben, in denen systemische Mängel im Asylsystem  
314 bestehen und Geflüchteten unmenschliche Behandlung droht, wie das beispielsweise  
315 in Griechenland der Fall ist.

316 • Jüdisches Leben in all seiner Vielfalt in Deutschland schützen und stärken! Wir  
317 setzen uns für eine Stärkung der Beziehungen zu den vielfältigen jüdischen  
318 Verbänden und Akteur\*innen in Deutschland ein, um ihre Stimmen im öffentlichen  
319 Diskurs und im Alltag zu stärken. Wir verurteilen die weltweite Terrorkampagne  
320 gegen jüdische und israelische Menschen und Institutionen, die in den  
321 vergangenen Monaten zahlreiche Opfer gefordert hat. Antisemitismus und Hass  
322 gegen Jüdinnen und Juden werden wir niemals tolerieren.

323 • Palästinensisches Leben in Deutschland schützen und stärken! Wir setzen uns für  
324 Dialogprojekte sowie politische und kulturelle Initiativen ein, die der  
325 palästinensischen Kultur und Geschichte mehr Sichtbarkeit im deutschen  
326 öffentlichen Diskurs verschaffen und verdeutlichen damit, dass palästinensisches  
327 Leben auch zu Deutschland gehört!

# Antrag S.01: Satzungsänderung

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:

2 **§ 1 Name, Sitz, Zweck und Tätigkeitsgebiet**

3 (5) Die Partei ist Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

4 Ersetzen durch:

5 (5) Die Linke ist eine internationalistische Partei. Auf europäischer Ebene soll sie  
6 Mitglied einer linken europäischen Partei sein.

7 **§ 15 Aufgaben des Parteitages**

8 Ergänzen:

9 § 15 (j) die Mitgliedschaft der Partei in einer linken europäischen Partei

10

11

12 **§ 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages**

13 (11) Dem **Parteitag** gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der anderen  
14 Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der

15 Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission, die Mitglieder in den Organen  
16 der Europäischen Linken (EL) sowie die Abgeordneten der Partei im Europäischen  
17 Parlament und im Deutschen Bundestag an.

18 Ändern in:

19 (11) Dem **Parteitag** gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der anderen  
20 Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der

21 Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission, die Mitglieder in den Organen  
22 der europäischen linken Partei, in der Die Linke Mitglied ist, sowie die Abgeordneten  
23 der Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag an.

24 **§ 21 Aufgaben des Parteirates**

25 (4) Der **Parteirat** wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die Organe der  
26 Europäischen Linken (EL).

27 Ändern in:

28 (4) Der **Parteirat** wählt die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in die Organe der  
29 europäischen linken Partei, in der Die Linke Mitglied ist.

30 **§ 22 Zusammensetzung und Wahl des Parteirates**

31 (4) Dem **Parteirat** können weitere Mitglieder mit beratender Stimmen angehören, diese  
32 werden auf Beschluss des Parteitages durch Organe, Versammlungen und sonstige Gremien  
33 der Partei und ihrer Zusammenschlüsse bestimmt. Dabei sollen die Gruppe im  
34 Europäischen Parlament, und die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in der Partei  
35 der Europäischen Linken angemessen berücksichtigt werden.

36 Ändern in:

37 (4) Dem **Parteirat** können weitere Mitglieder mit beratender Stimmen angehören, diese  
38 werden auf Beschluss des Parteitages durch Organe, Versammlungen und sonstige Gremien  
39 der Partei und ihrer Zusammenschlüsse bestimmt. Dabei sollen die Gruppe im  
40 Europäischen Parlament, und die Vertreterinnen und Vertreter der Partei in der  
41 europäischen linken Partei, in der Die Linke Mitglied ist, angemessen berücksichtigt  
42 werden.

## Antrag S.02: Satzungsänderung - Zuständigkeit für die Regelung der Beitragshöhe der Mandatsträger/innen

Antragsteller\*in: Parteivorstand und Bundesfinanzrat

Der Parteitag möge beschließen:

1 In § 6 (4b) wird wie folgt gefasst:  
2 „Die Höhe der ~~Mandatsträgerbeiträge~~ Mandatsträger/innenbeiträge wird in den Satzungen  
3 und Finanzordnungen der Landes- und Kreisverbände oder durch Beschlüsse der Vorstände  
4 der jeweiligen Ebene festgelegt. Entsprechende Regelungen in Satzungen und Ordnungen  
5 der Landesverbände gehen den Regelungen der nachgeordneten Gliederungen vor. Ist die  
6 Höhe der Mandatsträger/innenbeiträge nicht durch Beschlüsse auf Ebene der  
7 Kreisverbände geregelt, beschließt der Vorstand der übergeordneten Gliederung über  
8 deren Höhe.“

## Antrag S.03: Strukturelle und Organisatorische Anpassungen zu Frauen- bzw. FLINTA\*-Plena

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 **§10 (3) Bundessatzung**  
2 In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem  
3 Viertel der stimmberechtigten Frauen ein die Versammlung unterbrechendes Frauenplenum  
4 durchgeführt. Über einen in diesem Frauenplenum abgelehnten Beschluss oder  
5 Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der gesamten Versammlung bzw. des  
6 gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.  
7 Ändern in:  
8 In allen Versammlungen und Gremien der Partei wird auf Antrag von mindestens einem  
9 Viertel der stimmberechtigten FLINTA\*-Personen ein die Versammlung unterbrechendes  
10 FLINTA\*-Plenum durchgeführt. Teilnahmerechtig sind Mitglieder, die sich selbst als  
11 FLINTA\* (Frauen, Lesben, inter\*, nicht-binäre, trans\* (jeglichen Geschlechts) oder  
12 ageschlechtliche Personen) definieren. Über einen in diesem FLINTA\*-Plenum  
13 abgelehnten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung der  
14 gesamten Versammlung bzw. des gesamten Gremiums abschließend entschieden werden.

## Antrag S.04: Satzungsänderung §8 Abs. 2

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:
- 2 **§ 8 Mitgliederentscheide**
- 3 (c) auf Antrag von 5 Prozent der Parteimitglieder oder
- 4 Ersetzen durch:
- 5 (c) auf Antrag von 10 Prozent der Parteimitglieder, Grundlage ist der Mitgliederstand
- 6 aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern per 31.12. des Vorjahres,
- 7 oder

## Antrag S.05: Satzungsänderung §8 Abs 3.

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:
- 2 (3) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder. Der dem Mitgliederentscheid
- 3 zugrundeliegende Antrag ist beschlossen, wenn ihm bei einer Beteiligung von
- 4 mindestens einem Viertel der Mitglieder eine einfache Mehrheit zustimmt.
- 5 Ersetzen durch:
- 6 (3) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder. Der dem Mitgliederentscheid
- 7 zugrundeliegende Antrag ist beschlossen, wenn ihm bei einer Beteiligung von
- 8 mindestens 30 Prozent der Mitglieder eine einfache Mehrheit zustimmt.

## Antrag S.06: Satzungsänderung §8 Abs. 6

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:
- 2 (6) Das Nähere regelt eine Ordnung über Mitgliederentscheide. Die Kosten eines
- 3 Mitgliederentscheides tragen alle Gebietsverbände gemeinsam.
- 4 Ersetzen durch:
- 5 (6) Das Nähere, insbesondere zu Ablauf, Fristen, Abstimmungsverfahren einschließlich
- 6 elektronischer Abstimmungen sowie zur Authentifizierung der Mitglieder, regelt eine

- 7 Ordnung über Mitgliederentscheide. Die Kosten eines Mitgliederentscheides tragen alle  
8 Gebietsverbände gemeinsam.

## Antrag S.07: Satzungsänderung §8 Abs. 7

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Satzung der Partei Die Linke wird folgendermaßen geändert:  
2 (7) Für die Durchführung des Mitgliederentscheides gelten die Grundsätze der geheimen  
3 Wahl nach der Wahlordnung der Partei.  
4 Ersetzen durch:  
5 (7) Für die Durchführung des Mitgliederentscheides gelten die Grundsätze der geheimen  
6 Wahl nach der Wahlordnung der Partei. Der Mitgliederentscheid kann als Brief- oder  
7 elektronisches Abstimmungsverfahren durchgeführt werden. Allen Mitgliedern muss die  
8 Teilnahme ermöglicht werden. Bei elektronischer Durchführung sind durch geeignete  
9 technische und organisatorische Maßnahmen die Geheimhaltung der Stimmabgabe, die  
10 eindeutige Identifizierung der Abstimmenden, die Verhinderung von  
11 Mehrfachabstimmungen sowie die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit des  
12 Ergebnisses sicherzustellen.

## Antrag FO.01: Änderung der Finanzordnung

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 2 Beitragsordnung
- 2 (3) Jedes Mitglied entrichtet zusätzlich zu seinem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für
- 3 die Partei der Europäischen Linken (EL).
- 4 **Ersetzen durch:**
- 5 (3) Jedes Mitglied entrichtet zusätzlich zu seinem Mitgliedsbeitrag einen Beitrag für
- 6 die europäische linke Partei, in der Die Linke Mitglied ist.
- 7 (4) Der Mitgliedsbeitrag und der EL-Beitrag werden in Verantwortung der
- 8 Landesvorstände bzw. vom Parteivorstand vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto
- 9 des Mitglieds eingezogen.
- 10 **Ersetzen durch:**
- 11 (4) Der Mitgliedsbeitrag und der Beitrag für die europäische Partei, in der Die Linke
- 12 Mitglied ist, werden in Verantwortung der Landesvorstände bzw. vom Parteivorstand
- 13 vornehmlich durch Banklastschrift vom Konto des Mitglieds eingezogen.

## Antrag FO.02: Änderung der Bundesfinanzordnung - Vereinbarungen zur Höhe der Mandatsträger/innenbeiträge

Antragsteller\*in: Parteivorstand und Bundesfinanzrat

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 4 (2) wird wie folgt gefasst:
- 2 Die Höhe der ~~Mandatsträgerbeiträge~~ Mandatsträger/innenbeiträge wird ~~auf der~~
- 3 ~~jeweiligen Ebene~~ auf der Grundlage von Vereinbarungen der Regelungen in Satzung,
- 4 Finanzordnung oder gemäß den Beschlüssen der Vorstände zwischen den Vorständen der
- 5 Partei und den Mandatsträgerinnen und den Mandatsträgern festgelegt ~~Kandidat/innen~~
- 6 bzw. den Mandatsträger/innen zivilrechtlich bindend vereinbart.

## Antrag FO.03: Änderung der Bundesfinanzordnung - Finanzierung des Zentralen Wahlkampfonds

Antragsteller\*in: Parteivorstand und Bundesfinanzrat

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 § 6 wird wie folgt gefasst:
- 2 (1) ~~Aus den jährlichen staatlichen Mitteln für die Landesverbände und den~~
- 3 ~~Parteivorstand auf der Basis der Wählerstimmen wird ein gemeinsamer Wahlkampfonds-~~

4 ~~beim Parteivorstand gebildet.~~ Der Parteivorstand und die Landesverbände bilden einen  
5 gemeinsamen Wahlkampffonds beim Parteivorstand. Dieser dient dazu, die Wahlkämpfe der  
6 Partei zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen unabhängig vom Zeitpunkt der Wahlen  
7 und der bis dahin vom jeweiligen Landesverband angesammelten Mittel finanzieren zu  
8 können.

9 ~~(2) Die Zuführung des Parteivorstands zum gemeinsamen Wahlkampffonds wird im Rahmen~~  
10 ~~der jährlichen Finanzplanung festgelegt.~~ Der Parteivorstand hat mit jahresgleichen  
11 Einzahlungen mindestens die Entnahme des beschlossenen Europa- und  
12 Bundestagswahlkampfbudgets zu gewährleisten. Die Landesverbände führen die ihnen  
13 überwiesenen staatlichen Mittel vollständig dem gemeinsamen Wahlkampffonds zu.  
14 Zinserträge aus den angesammelten Mitteln werden dem Wahlkampffonds zugeführt.

15 ~~(3) Über die Bereitstellung von Mitteln aus dem gemeinsamen Wahlkampffonds beschließt~~  
16 ~~der Parteivorstand auf der Grundlage von Anträgen der Landesverbände. Die~~  
17 ~~Beschlussfassung bedarf der Zustimmung des Bundesfinanzrates.~~ Die Landesverbände  
18 haben zur Finanzierung ihrer Landtagswahlkämpfe grundsätzlich mindestens Anspruch auf  
19 die Bereitstellung der eingezahlten staatlichen Mittel und der darüberhinausgehenden  
20 freiwilligen Einzahlungen von Mitteln aus dem Wahlkampffonds im Rahmen der  
21 geleisteten Einzahlungen. Der Parteivorstand hat Anspruch auf die Entnahme der zur  
22 Finanzierung des Europa- und Bundestagswahlkampfbudgets eingezahlten Mittel.

23 (4) Neben den Einzahlungen mit adäquatem Entnahmeanspruch (Abs. 2 und 3) leisten  
24 Parteivorstand und Landesverbände einen Beitrag zur solidarischen Mitfinanzierung der  
25 Wahlkampfbudgets von Landesverbänden, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Wahl keine  
26 hinreichenden Rücklagen aufbauen konnten. Die Grundlagen zur Berechnung der Höhe der  
27 entsprechenden Einzahlungen in den gemeinsamen Wahlkampffonds werden nach Beratung im  
28 Bundesfinanzrat durch Parteivorstand und Parteirat beschlossen. Die konkreten  
29 Zuführungen werden im Rahmen der jährlichen Finanzplanung festgelegt.

30 (5) Über die Bereitstellung von Mitteln aus dem gemeinsamen Wahlkampffonds beschließt  
31 der Parteivorstand auf der Grundlage von Anträgen der Landesverbände. Die  
32 Beschlussfassung bedarf der Zustimmung des Bundesfinanzrates. Bei der Entscheidung  
33 über die beantragte Bereitstellung von Fondsmitteln, soweit diese über den Anspruch  
34 nach §6 Abs. 3 hinausgehen, hat der Bundesfinanzrat neben den finanziellen  
35 Möglichkeiten des Fonds und der Antragstellenden die Bedingungen zu berücksichtigen,  
36 die sich gegebenenfalls aus besonderen Erfordernissen und Zielen des jeweiligen  
37 Wahlkampfes ergeben.

# Antrag OM.01: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §1 Abs 2

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen
- 2 geändert:
- 3 (c) auf Antrag von 5.000 Parteimitgliedern oder
- 4 Ersetzen durch:
- 5 (c) auf Antrag von 10 Prozent der Parteimitglieder, Grundlage ist der Mitgliederstand
- 6 aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern per 31.12. des Vorjahres,
- 7 oder

# Antrag OM.02: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §2 Abs 4

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen
- 2 geändert:
- 3 (4) Bei Anträgen auf Mitgliederentscheid nach § 1 Abs. 2 (c) sind von den
- 4 Antragsteller/innen außerdem 5 000 Unterstützungsunterschriften von Parteimitgliedern
- 5 vorzulegen. Zur Prüfung ist die zentrale Mitgliederdatei der Partei maßgebend. Eine
- 6 Unterstützungsunterschrift ist gültig, wenn die unterzeichnende Person am Tag der
- 7 Einreichung Mitglied der Partei war. Die Unterstützungsformulare müssen alle Angaben
- 8 nach Abs. 2 enthalten, sowie Name, Vorname, Geburtsdatum oder Mitgliedsnummer der
- 9 Unterstützenden und die eindeutig zuordenbaren Unterschriften. Unterschriftenleistung
- 10 per E-Mail ist möglich.
- 11 Ersetzen durch:
- 12 (4) Bei Anträgen auf Mitgliederentscheid nach § 1 Abs. 2 (c) sind von den
- 13 Antragsteller\*innen außerdem Unterstützungsunterschriften von mindestens einem
- 14 Viertel aller Parteimitgliedern vorzulegen. Unterstützungsunterschriften in
- 15 elektronischer Form sind möglich. Die Unterstützungsformulare müssen alle Angaben
- 16 nach Abs. 2 enthalten, sowie Name, Vorname, Geburtsdatum oder Mitgliedsnummer der
- 17 Unterstützenden und die eindeutig zuordenbaren Unterschriften. Bei elektronischer
- 18 Form ist eine eindeutige Identifizierung der unterstützenden Mitglieder
- 19 sicherzustellen. Zur Prüfung ist die zentrale Mitgliederdatei der Partei maßgebend.
- 20 Eine Unterstützungsunterschrift ist gültig, wenn die unterzeichnende Person am Tag
- 21 der Einreichung stimmberechtigtes Mitglied der Partei war.

## **Antrag OM.06: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §2 Abs 7**

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen
- 2 geändert:
- 3 (7) Der Parteitag oder der Bundesausschuss können gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe (d)
- 4 Ersetzen durch:
- 5 (7) Der Parteitag oder der Parteirat können gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe (d)

## **Antrag OM.03: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §4 Abs 6**

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen
- 2 geändert:
- 3 6) Der einheitliche Stimmzettel enthält den Antragstext und die Möglichkeit, mit
- 4 „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Den
- 5 Abstimmungsunterlagen ist neben der Antragsbegründung die Stellungnahme des
- 6 Parteivorstandes im Umfang von ebenfalls höchstens 3 000 Zeichen beizufügen. Die
- 7 Beifügung weiterer Stellungnahmen ist unzulässig.
- 8 Ersetzen durch:
- 9 (6) Der einheitliche Stimmzettel enthält den Antragstext und die Möglichkeit, mit
- 10 „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Den
- 11 Abstimmungsunterlagen ist neben der Antragsbegründung die Stellungnahme des
- 12 Parteivorstandes im Umfang von ebenfalls höchstens 3 000 Zeichen beizufügen. Die
- 13 Beifügung weiterer Stellungnahmen ist unzulässig. Bei elektronischer Abstimmung sind
- 14 die Abstimmungsunterlagen in geeigneter digitaler Form bereitzustellen.

## **Antrag OM.04: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §4 Abs 7**

Antragsteller\*in: Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen
- 2 geändert:

3 7) Eine geheime Stimmabgabe, die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung und ein  
4 Zeitraum von mindestens zwei Wochen zwischen dem Erhalt der Unterlagen und der  
5 Rücksendefrist sind zu gewährleisten. Im Falle brieflicher Abstimmung hat jedes  
6 abstimmende Mitglied eine eidesstattliche Versicherung darüber abzugeben, am Tag der  
7 Stimmabgabe Mitglied der Partei zu sein und den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet  
8 zu haben. Die eidesstattliche Versicherung ist eigenhändig zu unterschreiben.  
9 Eine ohne eidesstattliche Versicherung abgegebene Stimme ist ungültig.

10 Ersetzen durch:

11 (7) Eine geheime Stimmabgabe, die Möglichkeit der brieflichen Abstimmung und ein  
12 Zeitraum von mindestens zwei Wochen zwischen dem Erhalt der Unterlagen und  
13 der Rücksendefrist sind zu gewährleisten. Im Falle brieflicher Abstimmung hat jedes  
14 abstimmende Mitglied eine eidesstattliche Versicherung darüber abzugeben, am Tag der  
15 Stimmabgabe Mitglied der Partei zu sein und den Stimmzettel persönlich gekennzeichnet  
16 zu haben. Die eidesstattliche Versicherung ist eigenhändig zu unterschreiben.  
17 Eine ohne eidesstattliche Versicherung abgegebene Stimme ist ungültig. Der  
18 Mitgliederentscheid kann als Brief- oder elektronisches Abstimmungsverfahren  
19 durchgeführt werden. Bei elektronischer Abstimmung tritt an die Stelle der  
20 eigenhändigen Unterschrift eine geeignete Form der Authentifizierung, Mittels Angabe  
21 von Name, Vorname, Geburtsdatum und Mitgliedsnummer. Die Einzelheiten des  
22 Abstimmungsverfahrens legt die Abstimmungskommission fest.

## Antrag OM.05: Änderung der Ordnung Mitgliederentscheide §4 Abs 9

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

1 Die Ordnung für Mitgliederentscheide der Partei Die Linke wird folgendermaßen  
2 geändert:

3 Einfügung nach §4 Abs. 8 durch:

4 (9) Der Mitgliederentscheid kann ganz oder teilweise als elektronisches  
5 Abstimmungsverfahren durchgeführt werden. In diesem Fall sind durch geeignete  
6 technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen:

- 7 (a) die Ermöglichung der Teilnahme aller Mitglieder,
- 8 (b) die eindeutige Identifizierung der abstimmenden Mitglieder,
- 9 (c) die Einhaltung des Grundsatzes „ein Mitglied - eine Stimme“,
- 10 (d) die Wahrung der Geheimheit der Stimmabgabe,
- 11 (e) der Schutz vor unbefugter Stimmabgabe und Manipulation,
- 12 (f) die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der Ergebnisermittlung.

13 Die Einzelheiten regelt die Abstimmungskommission.

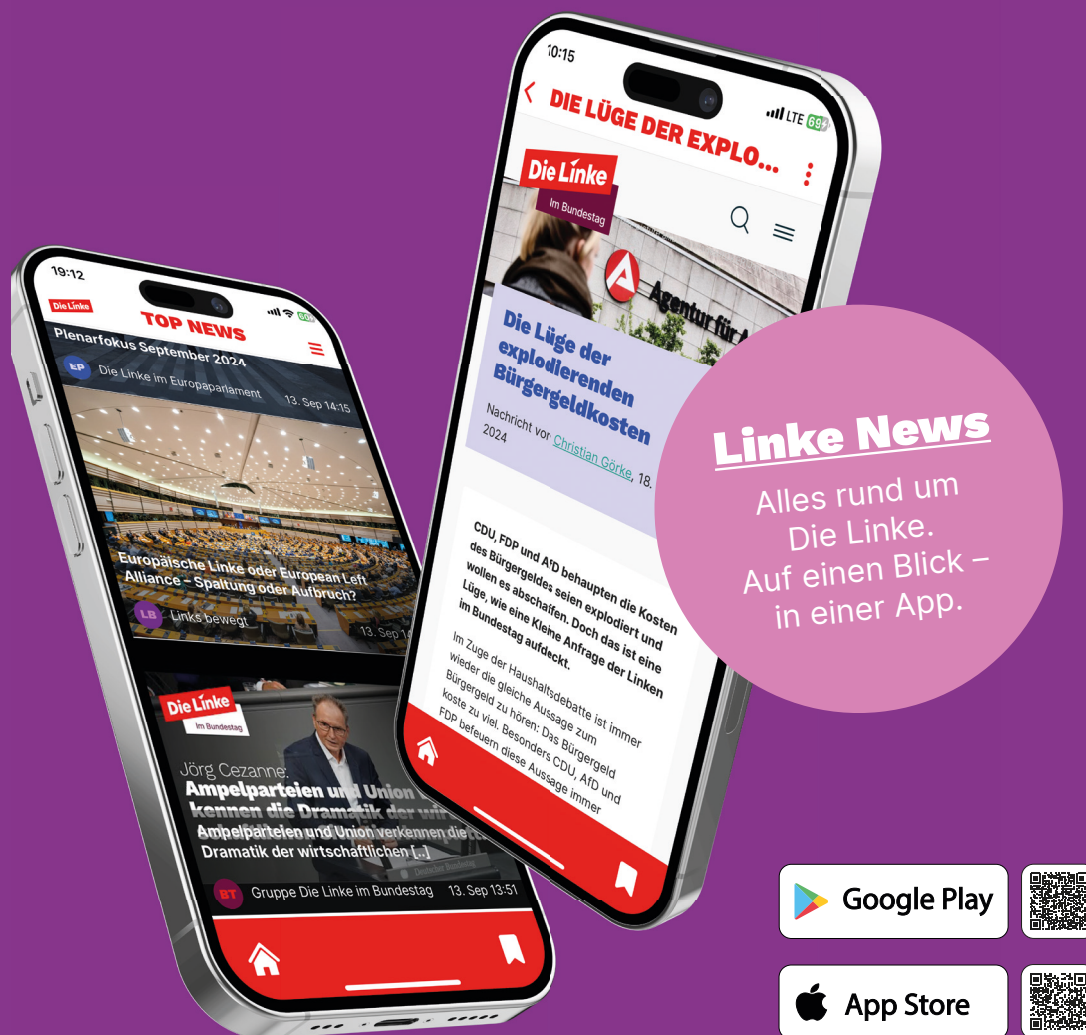








# Wir bleiben in Kontakt



**Instagram:** @dielinke  
**TikTok:** @die.linke  
**X:** @dieLinke  
**YouTube:** @dielinke

**Facebook:** linkspartei  
**Mastodon:** @dielinke  
**WhatsApp:** Die Linke  
**Telegram:** dielinke

**Bürger\*innentelefon:**  
030 24 00 99 99  
**E-Mail:**  
kontakt@die-linke.de

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)